



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

23. Juni 2023

»Verbrechenshochburg« Hamburg? +++ Unterirdische Bahnprojekte +++ IGLU-Studie 2023 +++ Kinder- und Jugendnotdienst +++ Finkenwerder +++ Wohnen im Alter +++ 50 Jahre Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße +++ 1923



Manchmal ist es doch so einfach: Statt eines Autos Platz für 12 Fahrräder in Hamburg-Ottensen (links) oder auch nur für 10 Räder in der Bremer Neustadt (Fotos: Michael Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es doch immer so einfach wäre wie mit den Lösungen in der Verkehrspolitik zur überfälligen, klimarettenden Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation... Andererseits, wer genau hinschaut, wird schnell merken, wie schwierig auch nur einfache Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind, wie aufgeladen insbesondere die Stimmung unter den Autofahrer:innen ist. »Die Letzte Generation« kann dieser Tage ganze Arien davon singen. My car is my castle, die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge in Hamburg steigt und die SUVs werden immer breiter.

Wie kompliziert, ja, unmöglich es zurzeit scheint, auch nur einfache Schritte in Richtung Klärung und Zusammenarbeit zu gehen, das lebt DIE LINKE in unserem Land und auch in Hamburg gerade wenig erbaulich vor. Vielmehr zeichnet sie in Teilen ein Bild des Grauens, der Zerstrittenheit und der gegenseitigen Anschuldigungen. Außenstehenden fällt es vermutlich schwer, die Zusammenhänge und genauen Abläufe noch auf die Reihe zu kriegen. Eins ist für uns jedenfalls klar: Es macht keinen Sinn, die eigene Organisation wie vonseiten Sahara Wagenknechts eins ums andere Mal zu diskreditieren und öffentlich die Gründung einer neuen Konkurrenzpartei zu erörtern, ohne dass dies zu Konsequenzen führt. Inner-

parteiliche Kritik und Auseinandersetzung sind selbstredend wichtig und notwendig. Auch die Bildung einer anderen Partei steht jedem und jeder offen, aber dann bitte in Form einer sauberen Trennung und nicht unter Inanspruchnahme vorhandener Ressourcen.

Bei all diesen Streitereien ist es schwer, die inhaltliche Arbeit der LINKEN nicht aus den Augen zu verlieren. Die Bürgerschaftsfraktion, die im Februar 2020 von 9,1 % auf Landesebene und von 11,1 % der Wähler:innen auf Wahlkreisebene gewählt wurde, beackert weiter die wichtigen Themen für Hamburg. Wir wollen durch unsere bürgerschaftliche wie auch die außerparlamentarische Arbeit unseren Beitrag dazu leisten, den Bürger:innen, den benachteiligten Menschen zur Seite zu stehen, den fortschrittlichen Konzepten in allen gesellschaftlichen Bereichen und der sozial-ökologischen Transformation zum Durchbruch zu verhelfen. Das sind wir als Abgeordnete und Mitarbeiter:innen den Wähler:innen und einer LINKEN mit Perspektive schuldig. Das ist so und das bleibt auch so.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

Wohnungskonzerne enteignen – Das richtige Konzept für bezahlbare Mieten?

»Karen Pein (SPD) hat ein schweres Erbe angetreten. Nach jahrelangem Bauboom lahmt der Wohnungsbau, der den Wohnungsmarkt so entlasten soll, dass die Mieten nicht allzu stark steigen, damit Hamburg als Wohnort bezahlbar bleibt. Doch was sind die neuen Rezepte der neuen Stadtentwicklungssenatorin, die Mieten stabil zu halten, wenn die Bauwirtschaft lahmt und gleichzeitig immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung fallen?« Mit diesen Worten leitet die »Hamburger Morgenpost« ihre Werbung für einen MOPO-Talk ein, der am Montag, den 26. Juni, um 18.30 Uhr im Atelier Gausz in Otten sen (Gaußstraße 60) stattfindet.

MOPO-Talk live am 26. Juni

An diesem Abend geht es aber auch um die Volksinitiative »Hamburg enteignet«, präsentiert sie doch, so die MOPO, »eine scheinbar einfache Lösung, für die sie bereits 18.230 Unterschriften gesammelt hat«: die Überführung von großen profitorientierten Konzernen mit mehr als 500 Wohnungen in öffentliches Eigentum. Eine Enteignung soll helfen, die Mieten bei bis zu 100.000 Wohnungen abzusenken. Bis September hat die Hamburgische Bürgerschaft noch Zeit, über die Forderungen der Initiative zu entscheiden. Eine erste Anhörung der Volksinitiative fand bereits am 15. Juni im Stadtentwicklungsausschuss statt, das Protokoll dürfte demnächst im Netz unter www.hamburgische-buergerschaft.de/ abrufbar sein. Dass die Pläne der Volksinitiative bei der rot-grünen Koalition voraussichtlich auf Ablehnung stoßen, das hat die Stadtentwicklungssenatorin schon im Vorwege unterstrichen. Sie hält nämlich gar nichts von der Enteignungsinitiative, da diese »ein Misstrauensvotum gegen ganz viele private Wohnungsfirmer (ist). Und das finde ich schlicht ungerecht« (www.zeit.de/hamburg/2023-05/hamburg-enteignung-wohnungsnot-baukosten-karen-pein).

Über diese Punkte wird es beim MOPO-Talk am 26. Juni hoch hergehen. Neben Stadtentwicklungssenatorin **Karen**

Pein werden **Maura Weigelt** von der Volksinitiative »Hamburg enteignet«, **Torsten Flomm**, der Vorsitzende des Hamburger Grundeigentümer-Verbands und die wohnungspolitische Sprecherin der Linkspartei, **Heike Sudmann**, teilnehmen. Die Moderation obliegt MOPO-Kolumnist Marco Carini.

Die Teilnahme ist kostenlos, allerdings ist eine **Anmeldung erforderlich**, und zwar unter www.eventbrite.com/e/mopo-live-talk-am-26-juni-tickets-653898858087.



»Verbrechenshochburg« Hamburg? CDU eröffnet den Wahlkampf

Zum Auftakt der letzten Bürgerschaftssitzung am 7. Juni hatte die CDU-Fraktion für die Aktuelle Stunde dieses Thema angemeldet: »Sicherheitsrisiko Rot-Grün – warum Hamburg unter SPD und GRÜNEN wieder zur Verbrechenshochburg wird«. Wir dokumentieren nachfolgend die Rede, die der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Deniz Celik, dazu gehalten hat.

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Hamburger:innen, Herr Thering, ich weiß nicht, in welchem Paralleluniversum Sie leben, aber mit der Realität in unserer Stadt hatte Ihre Rede so absolut gar nichts zu tun. Sie war populistisch, unterkomplex und vor allem kontrafaktisch. Seit Jahren sinken die Kriminalitätsraten in unserer Stadt, aber trotz besseren Wissens reden Sie von einer Verbrecherhochburg und schüren bewusst Ängste und das Gefühl der Unsicherheit. Sie betreiben eine Politik der Irreführung, indem Sie die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, maßlos übertreiben. Das schafft eine Atmosphäre des Misstrauens, spaltet die Gesellschaft und stärkt im Zweifel den rechten Rand in diesem

Parlament. Und das, Herr Thering, ist genau das Gegenteil einer verantwortungsvollen Politik für unsere Stadt.

Der einzige Zweck ihrer Law-and-Order-Politik ist das Anheizen von Angst und Verunsicherung, um den Nährboden für repressive Maßnahmen auf dem Feld der inneren Sicherheit zu bereiten. Die vorgeschlagenen Lösungen sind so vorhersehbar wie auch ewig gleiche populistische Forderungen: Schärfere Sicherheitsgesetze, härtere Strafen, mehr Polizei und Überwachung!

Tatsächlich ist diese Gesellschaft sicher und die Kriminalität insgesamt so niedrig wie lange nicht – zumindest im Hellfeld. Zugegeben, es gibt zahlreiche Baustellen: etwa,

dass Wirtschafts- und Umweltkriminalität häufig unentdeckt bleibt, obwohl solche Delikte einen immensen gesellschaftlichen Schaden anrichten. Der Anstieg der Gewaltkriminalität stellt uns vor Herausforderungen. Und auch der Anstieg bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Partnerschaftsgewalt führt uns schmerzlich vor Augen, dass in dieser Gesellschaft nicht alle gleichermaßen sicher sind.

Angst war aber noch nie eine gute Beraterin. Denn die Überbetonung der Strafverfolgung verstellt den Blick für die notwendigen präventiven Ansätze. Denn in der Tat, auch wir halten SPD und GRÜNE für ein Sicherheitsrisiko. Denn Sicherheit ist weit mehr als repressive Kriminalitätsbekämpfung. Die Parole klingt abgedroschen, wahr ist sie dennoch: Die beste Kriminalitätspolitik ist eine gute Sozialpolitik und hier hat der Senat noch einiges zu tun.

So heißt es zum Beispiel im Bericht, der Anstieg von Gewaltkriminalität erfolge vor allem im sogenannten »Randständigen- und Drogenmilieu«. Daran ist nicht nur die stigmatisierende Wortwahl problematisch, sondern auch die rein kriminalitätspolitische Herangehensweise. Das Problem ist doch, dass diese Gesellschaft überhaupt sogenannte Randständige hervorbringt und keine adäquaten sozialen Hilfen bietet. Und das muss sich ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ebenfalls heißt es in der diesjährigen Kriminalitätsstatistik, dass es einen erheblichen Anstieg bei den sog. Konsumentendelikten gibt und insbesondere der Konsum harter Drogen zugenommen hat. Hier zeigt sich besonders, dass eine auf Kriminalisierung und Bekämpfung ausgerichtete Politik, keinen Erfolg hat, sondern vielmehr die Lage für Drogengebrauchende verschärft. Hier setzt der Senat auf Kriminalisierung und Verdrängung, anstatt auf den Ausbau der Straßensozialarbeit und die Schaffung konsumtoleranter Tagesaufenthaltsstätten, Unterbringungen und Beratungsangebote.

Und nach wie vor setzt Hamburg auf die Kriminalisierung von Armut statt auf ihre Bekämpfung. Wenn das sogenannte »Schwarzfahren« wegen des 9-Euro-Tickets zurückgegangen ist, ist die Einführung eines kostenlosen ÖPNVs nicht nur mobilitätspolitisch, sondern auch kriminalpolitisch die richtige Antwort.

Wir brauchen weder eine CDU-Politik der Angst und Verunsicherung noch eine Senatspolitik, die das Schill-Trauma nie überwunden hat und sicherheitspolitisch deswegen auf Härte setzt. Wir brauchen vor allem eine effektive Kriminalitätsprävention, also die Bekämpfung von sozialen Nöten, Armut und Perspektivlosigkeit, ebenso wie Investitionen in Bildung und die soziale Infrastruktur.

Unterirdische Bahnprojekte – ohne Licht am Ende des Tunnels

Von Heike Sudmann

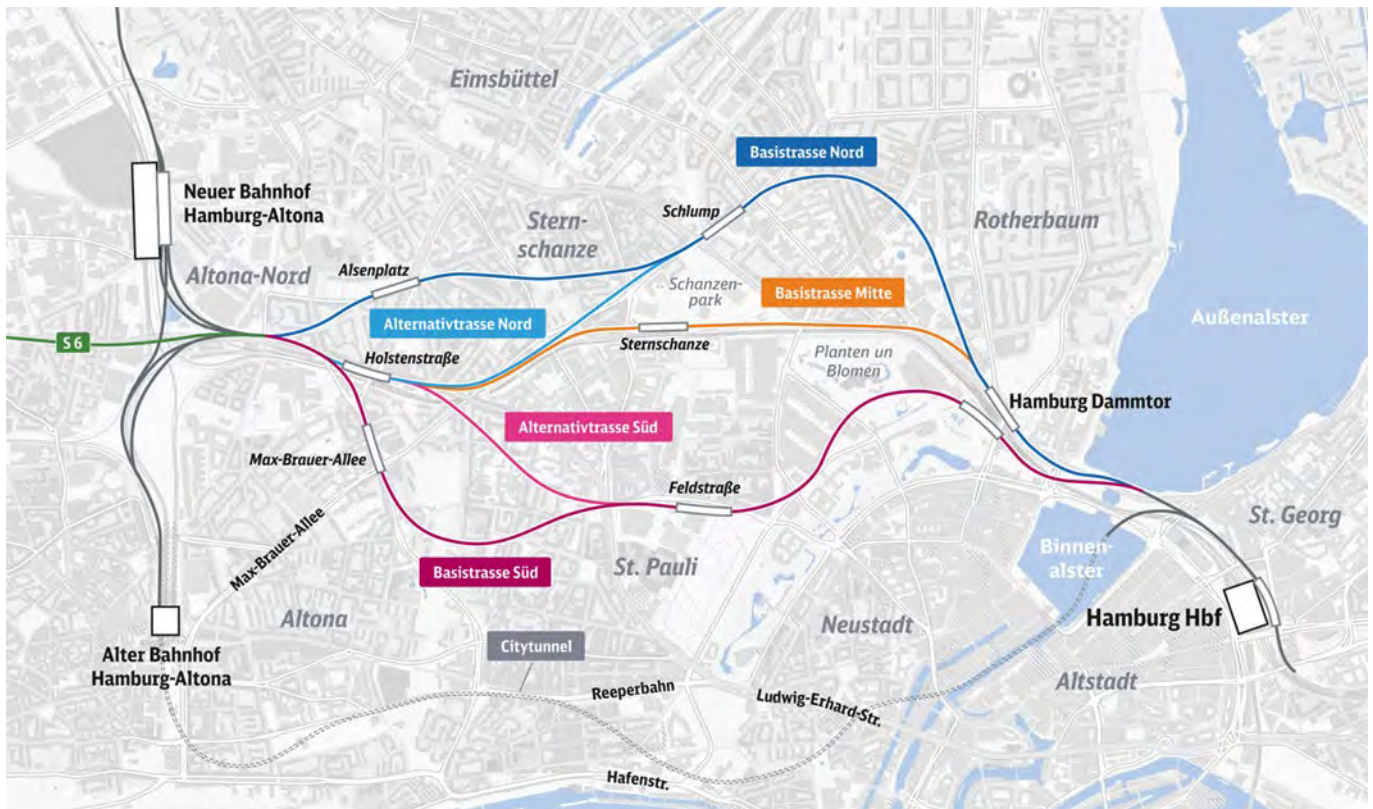
Wer Verkehrsplaner:innen und -aktivist:innen nach den größten Problemen im Hamburger Bahnverkehr befragt, bekommt seit Jahren immer die gleichen Antworten: die völlige Überlastung des Hamburger Hauptbahnhofs, das Nadelöhr Elbbrücken für den gesamten Schienenverkehr aus dem Süden, die fehlenden Querverbindungen zwischen den U- und S-Bahnen – und neuerdings die Sorge, dass die Klimaziele nicht erreicht werden. Im Nachfolgenden wird dargestellt, weshalb die geplanten Schienenprojekte die Probleme nicht lösen, sondern eher verschärfen.

In Hamburg werden gerade so viele Schienenprojekte geplant, dass allen, die mehr Bahn statt mehr Auto wollen, das Herz aufgehen müsste. Doch leider erzeugt die Planung bei vielen Hamburger:innen eher Herzrasen und Herzschmerz. Herzrasen beim Verbindungsbahntlastungstunnel und der U5 angesichts der Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe und des geringen Nutzens. Herzschmerz bei der auf die 2040er-Jahre verschobenen S-Bahn nach Bahrenfeld, Lurup und Osdorf.

Der Verbindungsbahntlastungstunnel (VET)

Für die Entlastung der Schienenstrecke Hauptbahnhof – Dammtor – Sternschanze – Holstenstraße – Altona (auch Verbindungsbahn genannt) wollen die Deutsche Bahn (DB) und

der Senat die S-Bahn in einen Tunnel verlegen und die bisherigen S-Bahn-Gleise zusätzlich zu den zwei bestehenden Gleisen für den Regional- und Fernverkehr nutzen. Es gibt fünf verschiedene Vorschläge für den gut sieben Kilometer langen Tunnel (siehe www.mehr-bahn-fuer-hamburg.de/die-projekte/verbindungsbahntlastungstunnel.html). Auf die Auswirkungen dieses Tunnelbaus mitten in der dicht bebauten Stadt (offene Baugruben mit mehr als 200 Meter Länge, 30 Meter Tiefe und 40 Meter Breite für den Bau der Haltestellen, Trockenlegung eines Teils der Binnenalster, jahrelange Verlagerung des Museums für Kunst und Gewerbe und des Ohnsorg-Theaters, voraussichtlicher Wegfall der S-Bahn-Haltestellen Sternschanze und Holstenstraße und vieles mehr) will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Wichtiger ist die Frage, wo der Engpass auf der Verbindungsbahn heute liegt. Und das ist vor allem der Bahnhof Dammtor, wo Regional- und Fernverkehr sich ein Gleis je Richtung teilen. Verspätungen wirken sich sofort auf alle Züge aus. Bei einer getrennten Abwicklung des Regional- und Fernverkehrs auf eigenen Gleisen im Bahnhof ist das nicht mehr der Fall. Verkehrsexpert:innen schlagen deshalb vor, die Kapazitäten an diesem Bahnhof zu erweitern, sei es durch zusätzliche Gleise neben dem Dammtor oder durch einen zweistöckigen Dammtor-Bahnhof. Durch eine Modernisierung der Signaltechnik und



Verbindungsbahn-Entlastungstunnel (DB-Grafik)

geringe Blockabstände auf der anschließenden Strecke können die Kapazitäten so erhöht werden, dass keine zusätzlichen Gleise mehr erforderlich sind. Die S-Bahn kann dann auf der bisherigen Strecke weiterfahren.

Wurden diese Alternativen ernsthaft geprüft? Nein. Entlastet der Verbindungsbahntunnel den Hauptbahnhof? Nein. Bringt der VET mehr Kapazitäten für den S-Bahn-Verkehr oder eine bessere Anbindung des Südens? Nein.

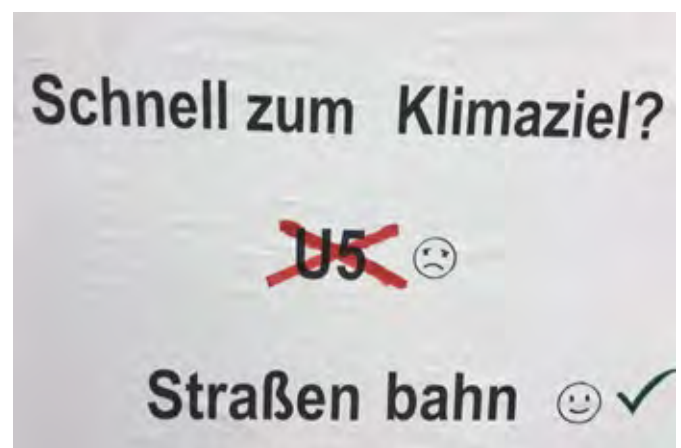
Übrigens: In München wird gerade eine zweite S-Bahn-Stammstrecke gebaut, auch sieben Kilometer lang. Aus den ursprünglichen Kosten von 3 Mrd. Euro sind aktuell mehr als 8 Mrd. geworden, Schätzungen gehen sogar schon von 14 Mrd. aus. Die ursprünglich auf 11 Jahre veranschlagte Bauzeit liegt nun bei 20 Jahren. Und einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gibt es jetzt auch. So was kennen wir ja von der Elphi.

Die U5

Über die U5, die von Bramfeld über City Nord, Innenstadt, Eimsbüttel Volkspark-Arenen zum Osdorfer Born führen soll und die Alternative der LINKEN, habe ich bereits letztes Jahr im Bürger:innenbrief berichtet (www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/10/BB188vom26-8-22Farbig.pdf, S. 11).

Der erste Bauabschnitt - die U5-Ost - geht von Bramfeld über Steilshoop zur City Nord. Gerade hat der Senat eine neue Kostenschätzung vorgelegt. Die Kosten der nur 5,8 Kilometer langen Strecke der U5-Ost steigen um mehr als 60 Prozent

von rund 1,8 Mrd. auf 2,9 Mrd. Euro. Für die insgesamt 24 Kilometer lange U5-Strecke ist dann locker mit 11 Mrd. Euro zu rechnen. Die Kosten steigen, der Nutzen aber nicht. Denn die U5 fährt eben nicht dort vorbei, wo viele neue Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen sind. Aber: Sie fährt über den Hauptbahnhof, viele Fahrgäste müssen hier umsteigen, wodurch die Belastung des Hauptbahnhofs wächst. Die Frage, wie die Bauarbeiten von U5 und VET am Hauptbahnhof stattfinden können (gleichzeitig? nacheinander?) ohne den Hauptbahnhof lahmzulegen, bleibt auch spannend. Der von der LINKEN vorgeschlagene Einstieg in ein neues Straßennetz braucht nur ein Zehntel der Baukosten der U-Bahn und ist wesentlich schneller zu bauen. Und er schafft die wichtigen Querverbindungen in der Stadt.



Schafft die U5 die fehlenden Querverbindungen im Hamburger Schienennetz? Nein? Wurden Alternativen wie die Straßenbahn ernsthaft geprüft? Nein. Wird der Hauptbahnhof entlastet? Nein?

Die S32/S6 nach Lurup und Osdorf

Vor 50 (in Worten: fünfzig) Jahren wurde den Menschen in Lurup und Osdorf eine Schienenanbindung versprochen. Aus der ursprünglich geplanten U-Bahn nach Altona ist eine S-Bahn geworden. Diese soll hinter dem jetzigen S-Bahnhof Holstenstraße ausgefädelt werden und über den Kaltenkirchener Platz nach Bahrenfeld/Science City und weiter nach Lurup und Osdorf führen. Anfang Juni hat der Senat völlig überraschend mitgeteilt, dass die S-Bahn erst fahren kann, wenn der VET gebaut ist. Laut Bundesverkehrsministerium ist der Tunnel aber frühestens 2040 fertig. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die seit Jahrzehnten auf die Bahnbindung warten. Im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft am 12. Juni hat Senator Tjarks (GRÜNE) beteuert, dass er die S-Bahn vorantreiben wird. Damit kann er eigentlich nur gemeint haben, dass er sie weiter bis zum St.Nimmerleinstag vorantreibt. Die Beteuerung der SPD, dass sie sich für die S-Bahn einsetzen werden, ist dann auch nur ein Hohn. Interessanterweise soll als Übergangslösung ein »Hochleistungsbussystem« mit eigenen Busspuren geprüft werden. Natürlich wurde der Vorschlag der LINKEN, dann doch gleich eine Straßenbahn zu bauen, abgelehnt.

Wurden Alternativen für die S32/S6 geprüft? Nein. Kann die S32/S6 zur Erreichung der Klimaziele 2030 beitragen? Nein. Wird die S32/S6 überhaupt gebaut? Zweifelhafte.

Bahnhof Diebsteich – Notwendigkeit als Ersatz für den Fern- und Regionalbahnhof Altona nicht nachgewiesen?

Der Nutzen der Verlagerung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhof an den Friedhof, pardon, Bahnhof Diebsteich wird nicht nur in Altona schon lange angezweifelt. DIE LINKE hat sich immer dagegen ausgesprochen. Eine aktuelle Anfrage von mir hat ergeben, dass der Senat noch nicht mal verlässliche Zahlen über die Reisenden im Fern- und Nahverkehr hat, sondern nur mit Schätzungen arbeitet. Da fragt mensch sich, auf welcher Grundlage hier (teure) Entscheidungen getroffen werden. Durch den VET muss auch der Bahnhof Diebsteich umgeplant werden.

Wird der Hauptbahnhof durch den neuen Bahnhof Diebsteich entlastet? Nein. Bringt er mehr Kapazitäten für den S-Bahn-Verkehr? Nein.

Die Güterumgebungsbahn und der Personenverkehr

Entgegen der Vereinbarung, die mit dem VCD getroffen wurde, damit dieser die Klage gegen den Bahnhof Diebsteich zurückzieht, ist bis heute nicht geprüft worden, wie die Güterumgebungsbahn für den Personenverkehr genutzt werden kann. Das Dialogforum Schiene Hamburg-Altona, ebenfalls ein Ausfluss der Vereinbarung mit dem VCD, schreibt

auf seinen Seiten zur Güterumgebungsbahn (<https://dialogforum-schiene-hamburg-altona.de/die-gueterumgebungsbahn>):

»Die nördliche Güterumgebungsbahn (GUB) verläuft von Eidelstedt im Norden Hamburgs über Lokstedt, Barmbek, Wandsbek und Horn nach Rothenburgsort. (...)

Im Rahmen der Verständigung zur Verlegung des Bahnhofs Altona an den Diebsteich wurde vereinbart, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Nutzung der nördlichen Güterumgebungsbahn für einen hochwertigen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sinnvoll und möglich ist. Die Idee: Sowohl Regional- als auch S-Bahnen könnten die Knotenpunkte im Vorfeld des neuen Regional- und Fernbahnhofs Altona sowie des Hauptbahnhofs auf der Strecke der nördlichen GUB umfahren. So könnte eine neue Tangentialverbindung entstehen, die die Passagiere direkt nach Wandsbek, Barmbek und in die City Nord bringt. Ein echtes Kapazitäts- und Erreichbarkeits-Plus für ganz Hamburg. Des Weiteren sollen geprüft werden:

- ein Vorläuferbetrieb zwischen Elmshorn und Barmbek im Stundentakt
- ein Regionalbahnkonzept auf gesamter Länge der GUB, etwa von Kiel nach Uelzen im 30-Minuten-Takt
- ein 20-Minuten-RB-Takt in einer Linie Harburg – Rothenburgsort – Horn – Wandsbek – Barmbek – CityNord – Lokstedt – Eidelstedt – Altona-Nord/Ottensen – Blankenese und damit lange geforderte schienengebundene Tangentialverbindungen im Stadtgebiet
- ein durchgehender, mindestens S-Bahn-ähnlicher, Betrieb mit Einbindung in das bestehende Netz, u.a. an den Verknüpfungspunkten Eidelstedt/Diebsteich, Sengelmannstraße/Barmbek (Durchbindung zu S1 / S11), Wandsbeker Chaussee (Verbindung zur U1), »Ostkreuz« (Verknüpfung mit S4 Ost) und Elbbrücken/Veddel (Verknüpfung mit S3) oder Harburg. Eine Verbindungskurve zwischen S Diebsteich/Altona Nord und der GUB zur Ermöglichung eines Ringverkehrs wird empfohlen und ist zu prüfen.
- Eine Machbarkeitsstudie soll für die Infrastruktur neben reiner Vollbahn- und S-Bahn auch Mischlösungen in Form 2-System-Technik enthalten.«

Diese Überlegungen spielen anscheinend bei den derzeitigen Großprojekten in Hamburg keine Rolle. Dabei kann die Güterumgebungsbahn einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Hauptbahnhofs leisten.

Wurde die Güterumgebungsbahn für den Personenverkehr geprüft? Nein, die seit Jahren versprochene Machbarkeitsstudie liegt immer noch nicht vor. Schafft sie Querverbindungen? Ja. Entlastet sie den Hauptbahnhof? Ja.

Die Klimabahn und der NordTakt

Die Güterumgebungsbahn spielt auch eine wichtige Rolle in dem Konzept, das Holger Busche von der Fachgruppe Mobilität von »Scientist for Future« entwickelt hat. Damit vor allem die Pendler:innen aus Schleswig-Holstein ein attraktives Bahnangebot nach Hamburg erhalten, schlägt er den Bau von Schienen entlang der Autobahn A7 vor. Das gesamte Konzept

hier vorzustellen würde den Rahmen sprengen. Deshalb verweise ich auf einen sehr informativen [taz-Artikel](#) von Kaija Kutter.

Wurde die Klimabahn/der NordTakt als Alternative geprüft? Nein. Schafft sie Querverbindungen? Ja. Entlastet sie den Hauptbahnhof? Ja.

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

Der VET und die U5 soll zum größten Teil der Bund bezahlen. Dafür beantragt Hamburg Förderungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Ab 2023 stehen für ganz Deutschland jährlich 2 Mrd. Euro zur Verfügung. Für die aktuelle Förderperiode 2022-2026 wurden deutschlandweit bereits über 260 Projekte beantragt. Die von Hamburg beantragten Projekte machen umgerechnet jährlich 450 Mio. Euro aus. Auf die Frage, wie der Senat zu der Annahme kommt, dass Hamburg allein fast ein Viertel der zur Verfügung ste-

henden Gelder erhalten soll und die anderen 15 Bundesländer das akzeptieren, lautet die Antwort: Wir sind optimistisch und haben gute Gespräche geführt.

Fazit

Die Verkehrspolitik des Senats ist unterirdisch: Rot-Grün will Hamburgs Zukunft vergraben. Die Kosten spielen dabei keine Rolle, der Nutzen leider auch nicht. Alternativen werden nicht geprüft. Die Phobie des Senats vor der Straßenbahn ist schon schlimm. Doch diese verkehrspolitische Dummheit wird noch getoppt durch Planungen für den VET und den Bahnhof Diebsteich, die die Hamburger Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. DIE LINKE wird weiterhin für eine Schienenverkehrspolitik streiten, die den Nutzen für die – vor allem auch neu zu gewinnenden – Fahrgäste und für die schnelle Erreichung der Klimaziele in den Vordergrund stellt.

Ein wütender Zwischenruf zur IGLU-Studie 2023

Von Sabine Boeddinghaus

Im Jahr 2000, also vor 23 Jahren, erschien die erste PISA-Studie mit dem für das Bildungsbürgerdünkelland Deutschland schockierenden Ergebnis, dass die Leistungen der getesteten deutschen Schüler:innen im Ländervergleich weit abgeschlagen lagen bei gleichzeitiger enger Koppelung von Bildungserfolg und Herkunft.

Seither gehören Bildungsstudien zum festen Repertoire bundesdeutscher Bildungspolitik. Und die verantwortlichen Bildungsminister:innen und -senator:innen missbrauchen die Ergebnisse eher für einen Wettlauf um das jeweils bessere Ranking, anstatt auf Grundlage wissenschaftlicher Analyse und Erkenntnisse das Schulsystem so zu organisieren, dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit Wirklichkeit werden.

So attestiert im Jahrestakt jede Bildungsstudie verlässlich, was die aktuelle IGLU-Studie (www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=4700) auch wieder nachweist: die Benachteiligung von jungen Menschen aus ökonomisch ärmeren und migrantischen Familien, oder anders ausgedrückt, dass Kinder aus privilegierten Elternhäusern größere Chancen auf einen Bildungserfolg haben als andere Kinder.

Zitate aus der Studie und der entsprechenden Pressemeldung

»Der Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe gilt als eine zentrale Gelenkstelle und seine Bedeutung für den zukünftigen Bildungs- und somit auch Lebensweg von jungen Menschen ist unumstritten. In zahlreichen Untersuchungen konnte festgestellt werden, dass die in Deutschland zumeist nach der vierten Jahrgangsstufe stattfindende Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe I nicht nur mit der schulischen



Nele McElvany
Ramona Lorenz
Andreas Frey
Frank Goldhammer
Anita Schilcher
Tobias C. Stubbe
(Hrsg.)

IGLU 2021

Lesekompetenz von
Grundschulkindern
im internationalen
Vergleich und im Trend
über 20 Jahre

WAXMANN IGLU2021

Leistung, sondern insbesondere auch mit der sozialen Herkunft zusammenhängt.«

»Allerdings weisen die Analysen auch darauf hin, dass Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien bei

gleicher Lesekompetenz und bei gleichen kognitiven Grundfähigkeiten eine deutlich geringere Chance auf eine Gymnasialpräferenz der Lehrkräfte haben als Schülerinnen und Schüler aus bildungsnahen Familien. Ähnlich starke Zusammenhänge mit der sozialen Herkunft lassen sich auch für die Gymnasialpräferenz der Erziehungsberechtigten feststellen. Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden engen Zusammenhangs zwischen Schullaufbahnpräferenzen und der sozialen Herkunft erlauben die Ergebnisse insgesamt kein positives Fazit und zeigen auf, dass weiterhin großer Handlungsbedarf hinsichtlich der Schaffung von Chancengleichheit besteht.«

»Es zeigen sich weiterhin substantielle Unterschiede sowohl bei der Leistung als auch bei der Gymnasialempfehlung in Abhängigkeit vom familiären Hintergrund der Grundschulkind. Um letztgenannte zu erhalten, müssen Kinder aus Arbeiterfamilien nach wie vor wesentlich mehr leisten als Kinder aus Akademikerfamilien. Auch bei gleicher Lesekompetenz und gleichen kognitiven Grundfähigkeiten hat ein Kind aus einer (Fach)Arbeiterfamilie eine 2,5 Mal geringere Chance auf eine Gymnasialpräferenz seiner Lehrkraft als ein Kind mit Eltern in der Oberen Dienstklasse (z. B. führende Angestellte und höhere Beamte). Kinder mit Migrationshintergrund müssen eine höhere Lesekompetenz aufweisen, als Kinder ohne Migrationshintergrund, damit eine Gymnasialpräferenz seitens der Lehrkräfte ausgesprochen werde.«

Diese Befunde, die sich wie ein roter Faden durch eine über 20-jährige Bildungsempirie ziehen, machen mich



Lesekompetenz, um die Welt zu verstehen (Foto: S. Boeddinghaus)



wütend, weil sie zeigen, wie ignorant, borniert und unverantwortlich eine immer größer werdende gesellschaftliche Gruppe junger Menschen systematisch benachteiligt wird.

Und wenn die aktuelle IGLU-Studie die Lesekompetenz in den Fokus rückt, so zeigt sie die enorme Bedeutung der Fähigkeit, Texte lesen und verstehen zu können als Voraussetzung für das Verstehen der Welt, von Zusammenhängen, der Verknüpfung von Informationen (analog wie digital), kurz, für das eigene Gelingen auf dem individuellen Bildungs- und Lebensweg. Daher ist es eine unverzeihliche Sünde, unser Schulsystem nicht endlich inklusiv und demokratisch so aufzustellen, dass ALLE Kinder und Jugendliche eine echte Chance auf ein gutes Leben erhalten. Dazu gehört natürlich

der barrierefreie Zugang zu Kulturgütern wie Büchern, aber die (fast) ausschließliche mediale Rezeption der Studienergebnisse auf diesen Aspekt zeugt für mich wiederum von einer bildungsbürgerlichen Sicht, die das Kulturgut »Buch« als wertiger darstellt als digitale Medien.

Niemand möge mich falsch verstehen: Das abendliche Ins-Bett-bringen mit tollen Kinderbüchern (z. B. von Kirsten Boie, oder des genialen Willi Wiberg) ist ein wunderbares Geschenk für Kinder, aber eben auch ein Privileg.

Um allen jungen Menschen das Lesevergnügen toller Bücher zu ermöglichen, braucht es aber eine völlig andere Sozial-, Arbeits-, Bildungs- und nicht zuletzt eine sozial gerechte Steuerpolitik. Dass wir aber eine wachsende Kinderarmut zu beklagen haben, gepaart mit einem sozial ungerechten, aus-sortierenden Schulsystem ist ja kein Unfall, oder gar ein Versehen, nein, das ist politisch gewollt und festgeschrieben. Hier erwarte ich von empörten Leseratten mehr politisches Verständnis und Engagement!

Also gehen meine Forderungen weit über das Appellieren an mehr Lesezeit im Schulalltag hinaus: Wir brauchen nichts dringender als eine Bildungsrevolution, die endlich Schluss macht mit der Aus- und Abgrenzung unterschiedlicher Milieus und Schichten. Eine Schule für Alle statt »Spiel nicht mit den Schmutzkindern«!

P.S.: Eine Leseempfehlung von mir: /uebermedien.de/84610/wen-interessiert-schon-wenn-arbeiterkinder-systematisch-benachteiligt-werden/.

Unhaltbare Zustände im Kinder- und Jugendnotdienst!

Von Sabine Boeddinghaus und Karen Polzin

Der folgende Artikel über die Arbeit des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND) in der Feuerbergstraße und darüber, wie es den Kindern und Jugendlichen dort ergeht, wird als Zweiteiler von uns veröffentlicht. Einführung und erste Analysen erscheinen in diesem »Bürger:innenbrief«, weitere Analysen, unsere Kritik und Lösungsvorschläge folgen dann in der Juli-Ausgabe.

Struktur und Aufgaben des Hamburger KJND

»Wenn du beschimpft, bedroht, geschlagen wirst. Wenn du Stress mit den Eltern hast. Wenn du reden musst, weil du Probleme hast, egal ob zu Hause, mit Freunden oder in der Schule. Ruf einfach an. Tag und Nacht!« So wird auf dem Hamburger Jugendserver auf eine wichtige Funktion des Kinder- und Jugendnotdienstes aufmerksam gemacht: Rund um die Uhr, egal ob Feiertag oder Wochenende, abends oder nachts, können sich junge Menschen in Not an den Ambulanten Notdienst vom Kinder- und Jugendnotdienst, kurz KJND, wenden. Die Beratung durch Fachkräfte vom Ambulanten Notdienst ist nur ein konzeptioneller Bestandteil des KJND, wenn junge Menschen rasch Hilfe brauchen.

Der KJND ist ebenso die zentrale, städtische Aufnahme- stelle, wenn das Kindeswohl gefährdet ist und junge Menschen kurzfristig Obhut brauchen, weil sie keinen anderen sicheren Ort haben. Dabei betont der Hamburger Senat im Juni 2022 in seiner Antwort auf eine unserer zahlreichen Anfragen angesichts der Zustände im KJND die Garantenverpflichtung: »Der KJND des Landesbetriebes Erziehung und Beratung (LEB) ist die einzige Kriseneinrichtung in Hamburg, die zu jeder Zeit Kinder und Jugendliche in Obhut nehmen kann und nehmen muss.« (Drs. 22/8637). Die in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen sollen laut Konzept so kurz wie möglich und so lange wie nötig im KJND verweilen. Gemeint sind hier im Regelfall zwei bis drei Wochen. Mehr sollten Kinder und Jugendliche nicht in einem ungewissen Schwebezustand im KJND ausharren müssen.

Abteilungen und Räume im KJND

Im großen Haupthaus auf dem Gelände des KJND in der Feuerbergstraße (ja da, wo damals die Geschlossene Unterbringung junger Menschen stattfand) befinden sich der Ambulante Notdienst, das Mädchenhaus, die Unterbringungshilfe sowie die Kantine. Außerdem sind im Hauptgebäude die Verwaltung, das Management für die sogenannten »unbegleiteten minderjährigen Ausländer:innen« (kurz umA), die Verwaltung und die Leitungen der verschiedenen Bereiche des KJND untergebracht.

Im Mädchenhaus gibt es betriebserlaubt bis zu 11 Plätze für Mädchen* im Alter von 13 bis 17 Jahren, die Misshandlungen, psychisch und/oder Bedrohungen oder Missbrauch



erlitten haben. Die Unterbringungshilfe gliedert sich in drei Gruppen mit je 14 Plätzen. Außerdem gibt es vier Plätze in einer Wohnung im Anbau des Haupthauses, welche für gesonderte Einzelbetreuung vorgesehen sind. Daraus ergibt sich die betriebserlaubte maximale Aufnahmekapazität nach § 42 SGB VIII von 46 jungen Menschen in der Unterbringungshilfe. Die Kinder und Jugendlichen werden hier gemischtgeschlechtlich untergebracht, wobei die Belegung der Einzel- und Doppelzimmer selbst geschlechtshomogen erfolgen und soweit möglich altersorientiert erfolgen soll.

In den Nebengebäuden neueren Baualters sind der »Fachdienst Flüchtlinge« und die Erstaufnahme des KJND untergebracht. Die Erstaufnahme mit 44 betriebserlaubten Plätzen ist vorgesehen für Inobhutnahmen nach § 42a SGB VIII, also für junge Menschen, die unbegleitet hierher geflüchtet sind und Schutz brauchen. In der Erstaufnahme sind laut Senat nur männlich kategorisierte Kinder und Jugendliche untergebracht. Zu ihnen heißt es: »Unbegleitete minderjährige Ausländer, die in Deutschland Schutz suchen, mussten in ihrer Heimat viel Leid erdulden: Krieg- und Bürgerkrieg, politische Verfolgung, Folter an den Eltern, Religionskämpfe, Armut,



Unterbringungshilfe des KJND (Foto: © LEB)

Naturkatastrophen. Damit die Minderjährigen nach ihrer strapaziösen Flucht zur Ruhe kommen, werden sie zunächst in einer Erstaufnahme-/Erstversorgungseinrichtung in Obhut genommen, wo sozialpädagogische Fachkräfte sie betreuen.« (www.hamburg.de/leb/kjnd/). Dies gilt natürlich genauso für die weiblich oder divers kategorisierten jungen Menschen, die unbegleitet hierher geflüchtet sind. Sie finden Aufnahme in der Unterbringungshilfe oder im Mädchenhaus. Der Betreuungsschlüssel für »unbegleitete minderjährige Ausländer:innen« ist mit 1:5 schlechter als der für hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche. In der Unterbringungshilfe beträgt der Betreuungsschlüssel beispielsweise 1:1,09.

Danach gefragt, begründet der Senat dies folgendermaßen: »Die Zielgruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer betrifft in der Regel ältere Jugendliche im Alter von 16–17 Jahren, die im Alltagsgeschehen weitgehend selbstständig sind. Die Zielgruppe im KJND umfasst hingegen Kinder ab zwölf Jahren, im Einzelfall sogar ab drei Jahren, die im Alltagsgeschehen einen höheren Betreuungsbedarf aufweisen.« (Drs. 22/9063 »Erstaufnahme im Kinder- und Jugendnotdienst – Missstände und weiteres Leiden für geflüchtete junge Menschen?«, August 2022) Im Altersvergleich gesehen ist die Argumentation so in der Regel nachvollziehbar, aber hier handelt es sich zugleich um junge Menschen, die neu ankommen, die die Sprache nicht beherrschen und denen das System und die Regularien hier fremd sind. Außerdem müssen sie oftmals traumatische und leidvolle Erfahrungen bewältigen. Auch können die Realitäten, auf denen die jungen Menschen hier treffen, es für sie verunmöglichen, die Erwartungen, die ihre Familien in sie gesetzt haben, zu erfüllen. Ein schlechterer Betreuungsschlüssel lässt sich

somit fachlich nicht und schon gar nicht mit dem Verweis auf das Alter rechtfertigen. Darüber hinaus sind auch jüngere »umA« im KJND.

Auf dem Gelände des KJND befinden sich noch weitere Räumlichkeiten, die vom Servicepersonal zur Lagerung und als Werkstatt genutzt werden. Im hinteren Geländebereich ist noch ein Kinderschutzhaus des LEB (Landesbetrieb Erziehung und Beratung) für Babys und Kleinkinder. Außerdem befindet sich auf dem Gelände eine Mehrzweckhalle für Sport und Veranstaltungen. Das Außengelände soll Sport und Spielmöglichkeiten im Freien bereithalten.

Die Eingänge zum KJND sind kameraüberwacht, wobei für die jungen Menschen ein separater Eingang vorgesehen ist. Der Einsatz von Security ist Bestandteil der Konzeption und wird von uns sowie von Expert:innen aus Theorie und Praxis Sozialer Arbeit seit Langem kritisch hinterfragt. Das Sicherheitspersonal überwacht und kontrolliert nicht nur die Zugänge zum Gelände, sondern wird auch in kritischen Situationen vom Fachpersonal hinzugerufen. Die Anwesenheit und das Eingreifen des Wachpersonals beeinflusst wiederum das Setting und die pädagogische Arbeit mit den jungen Menschen. Junge Menschen berichten immer wieder, dass sie sich dadurch noch ohnmächtiger und ausgeliefert vorkommen.

Deutlich wird aus diesem kurzen Überblick, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlichster Altersgruppen und Herkunft, mit Gewalt und Missbrauchserfahrungen, generell mit leidvollen Erfahrungen zentral an einem Ort untergebracht sind. Allein schon im konzeptionellen Normalfall müssen rund 100 junge Menschen im KJND aufgefangen, versorgt, pädagogisch bestmöglich betreut und in der Perspektivklärung unterstützt werden.

KJND in der Forschung: Befund und notwendige Konsequenzen

Im Projektbericht »Qualitätsdialoge – Jugendamt in Bewegung« wurde der KJND als »problematischer Ort« benannt. Dies ist eines der Ergebnisse eines umfassenden, qualitativ angelegten Forschungsprojektes, das in den Jahren 2019 und 2020 im Auftrag der Sozialbehörde durchgeführt wurde. Es wurde zum einen erhoben, wie Sozialarbeiter:innen ihre Arbeit im erforschten Bereich praktisch erleben. Zum anderen wurden die Erfahrungen von Jugendlichen und Eltern hinsichtlich eines Kontaktaufbaus mit ihnen, in Hilfeplanprozessen und in Einrichtungen erhoben.

Eskalationsspiralen und damit auch »dramatische Verläufe« der eigentlich als Hilfe und Unterstützung in Krisen gedachten Maßnahmen sollen mithilfe der gewonnenen Erkenntnisse möglichst verhindert werden. Hierbei, so ein Befund aus dem Projektbericht, »erscheint es unerlässlich, das Hamburger System der Krisenintervention und Notunterbringung im KJND zu überprüfen, das offenbar institutionelle Verläufe des Erleidens beschleunigen konnte.«

Konkret wurde Folgendes in dem Projektbericht konstatiert:

- »Angesichts der problematischen, in der Forschungsgruppe kommunizierten und verarbeiteten Erfahrungen der Nutzer*innen, ergibt sich die Forderung der Beteiligten der Forschungsgruppe, dass der KJND in seiner jetzigen Form geschlossen oder jedenfalls ganz neu konzipiert werden müsste.«
- »Wenn junge Menschen in Kriseneinrichtungen gebracht werden, sollen sie über den Grund und die Dauer ihres Aufenthalts und über den weiteren Prozess ausreichend informiert werden.«
- »Junge Menschen dürfen im KJND (oder anderen Einrichtungen) keiner Gewalt ausgesetzt sein.«
- »Ältere Jugendliche, die möglicherweise bereits mehrfach Einrichtungen wechseln mussten, sollten nicht gemeinsam mit jüngeren Menschen im KJND untergebracht werden, die womöglich zum ersten Mal ihr Zuhause verlassen mussten.«

- »Mitarbeitende von Sicherheitsdiensten sollten nur unter Anwesenheit von Pädagog*innen in Kontakt mit jungen Menschen treten dürfen.«
- »Es darf für junge Menschen im KJND (oder anderen Kriseneinrichtungen) nicht länger derart einfach möglich sein, mit Suchtmitteln in Kontakt zu kommen.«

KJND: ein problematischer Ort!

Schon die 2021 veröffentlichten Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass die zentrale Grobeinrichtung KJND eine Fehlentwicklung ist und keinen sicheren Ort für schutzbedürftige Menschen darstellt. Die Lage im KJND hat sich danach noch weiter verschlechtert. Trotz aller Bemühungen seitens der Zuständigen im LEB und in der Sozialbehörde ist die Lage im KJND weiterhin mehr als desolat. Zwischenzeitlich war der KJND so überfüllt, dass junge Menschen in der Mehrzweckhalle untergebracht werden mussten. Auch die Unterbringungshilfe, das Mädchenhaus und die Erstaufnahme waren komplett überfüllt, ein Zustand, dem längst noch nicht gut abgeholfen ist.

Als Ursachen führt der Hamburger Senat zum einen eine steigende Zahl von Inobhutnahmen von hier aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen an. Das resultiere auch aus der Belastung in den Familien durch die Corona-Pandemie (Drs. 22/9063). Zum anderen suchen nach wie vor viele junge Menschen, die unbegleitet vor den Zuständen in ihren Herkunftsländern geflüchtet sind, in Hamburg Schutz. Zu der desolaten Lage und einer Überfüllung des KJND trägt auch bei, dass es an zeitnahen stationären Anschlussperspektiven für die Kinder und Jugendlichen und an Folgeunterbringungen mangelt. Das hat zur Folge, dass die Verweildauer nach wie vor zum Teil erschreckend hoch ist, dadurch die Plätze einfach länger belegt sind und das Konzept einer eigentlich kurzzeitigen Unterbringung nicht funktioniert. Ein von der Heimaufsicht im Juni 2022 verhängter Aufnahmestopp, um angesichts »der räumlichen und personellen Situation« Überbelegung zu vermeiden (Drs. 22/9063), wurde von den behördlich Zuständigen mit Verweis auf das staatliche Wächteramt und strafbewehrte Garantenpflicht außer Kraft gesetzt. *(Fortsetzung folgt)*

Sternbrücke forever – jetzt spenden für Klage!

Die Sternbrücke in Altona wird zerstört. Und mit ihr ein besonderer Ort, der vielen Menschen in Hamburg am Herzen liegt. Ein einzigartiges Stück urbaner Kultur droht verloren zu gehen. Stadt und Bahn wollen die denkmalgeschützte Brücke abreißen und durch einen viermal so hohen Neubau ersetzen – dabei liegen bessere Lösungen auf dem Tisch. Politisch bewegt sich hier »dank« der SPD und GRÜNEN nichts mehr. Deshalb bleibt der »Initiative Sternbrücke« nur noch, gegen das Planfeststellungsverfahren zu klagen. Und das kostet viel Geld. Deshalb unterstützt bitte die Ini, so wie ihr es könnt: mit einer Spende, mit Tatkraft oder wie auch immer.

Mehr Infos sind unter den nebenstehenden Links zu finden:

- initiativesternbruecke.org/was-wir-wollen/fundraising-klage/
- youtu.be/ivAD53IUbvc
- www.betterplace.org/de/projects/123209?utm_campaign=user_share&utm_medium=ppp_sticky&utm_source=Link



Komme ich nach Finkenwerder ...

Von Michael Joho

Schön, mal wieder auf Finkenwerder zu sein, dachte ich mir, als ich die Einladung der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte zu ihrem Jahresempfang am 4. Juni las. Finkenwerder, das ist für mich der Wohnort mit dem maritimstem Ambiente Hamburgs, lasse ich mal den Außenposten, die Nordseeinsel Neuwerk, außen vor. Finkenwerder, das war oder ist aber auch der Wohnort mindestens zweier Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, mit denen ich nun mal zu tun habe. Vor allem ist es auch der neue Lebensmittelpunkt von Ina Morgenroth, unserer taffen Bezirksabgeordneten, die vor einiger Zeit rübergemacht hat von St. Georg eben nach Finkenwerder.

Alleine die halbstündige Fährüberfahrt von den Landungsbrücken nach Finkenwerder, der Wechsel von der einen auf die andere Seite der Elbe, der Blick auf die Altonaer Elbhänge auf der einen und die Helgen auf der anderen Seite, ist ein Erlebnis der besonderen Art, und das zum HVV-Preis von nur 3,40 Euro. Ob es allerdings den Finkenwerder-Pendler:innen so geht, allemal im Sommer, mit den von Tourist:innen bevölkerten, öfters überfüllten Fähren? Und auch mal abgesehen von den »betriebsbedingten Störungen« und unangekündigten Ausfällen«, die es laut MOPO vom 26. Mai in letzter Zeit ab und an gegeben hat.

Angekommen jedenfalls am Fähranleger in Finkenwerder betrete ich gleich eine - etwas - andere Welt. Ruhiger kommt sie mir vor, die Großstadtheftik habe ich am anderen Elbufer zurückgelassen. Mag ja ein bisschen klischeehaft sein, aber tatsächlich bin ich bei meiner vorletzten Fahrt übers Wasser einfach eingenicke, den Nerv einfach hinter mir lassend. Die Brücke vom Fähranleger hoch hinterlässt bei mir jedes Mal die Frage, ob die Freifläche darunter und die große Treppe davor eigentlich für wunderbare Kulturveranstaltungen genutzt werden?



Der Übergang vom Fähranleger nach Finkenwerder (Fotos: Michael Joho)

DIE LINKE.
Bezirksfraktion Hamburg-Mitte

EINLADUNG

**Jahresempfang der
Bezirksfraktion
Hamburg - Mitte**

04.06.2023 / 11:00 - 15:00

**Auf dem Schiff "MS Altenwerder" in Hamburg- Finkenwerder.
Köhlfleet-Hauptdeich, 21129 Hamburg.**

**Mit Wortbeiträgen der Bezirksfraktion und der
Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Kulturprogramm,
Sekttempfang und Büffett**

Beim Aussteigen von der Fähre geht mir die Frage durch den Kopf, was Finkenwerder für mich eigentlich auszeichnet. Drei spontane Stichworte fallen mir ein:

- ein altes Fischerdorf, das heute leider kaum noch zu erkennen ist;
- ein sozusagen am Rande gelegener Stadtteil, den viele Hamburger:innen kaum kennen, wenn sie nicht gerade ein Lokal mit dem Gericht »Scholle nach Finkenwerder Art« oder eine Radfahrt ins Alte Land anpeilen;
- der Sitz des nach den Asklepios-Kliniken zweitgrößten Unternehmens in Hamburg, des Flugzeugbauers »Airbus« mit sage und schreibe 14.000 Beschäftigten.

Klischees und gefühlte Bilder sind das eine, erweitere ich meinen Horizont durch einige harte Fakten. Heike Sudmann hatte nicht ganz zufällig eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, um mehr Informationen über Finkenwerder zu bekommen (Drs. 22/11987 vom 30.5.2023, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83910/mieten_und_wohnen_in_finkenwerder.pdf). Diesem Dokument sind u. a. diese Daten zu entnehmen. Dieser Stadtteil des Bezirks Hamburg-Mitte gehört mit seinen 11.690 Einwohner:innen (Ende 2022) zu den

kleineren Hamburgs. Auffällig ist dabei eine gegenüber dem hamburgischen Durchschnitt geringere Bevölkerungsdichte, ein etwas höherer Anteil der älteren Bevölkerung, ein deutlich höherer Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern und eine besonders schlechte ambulante ärztliche Versorgung.

Als wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Referenten fallen mir einige weitere Aspekte ins Auge. So ist Finkenwerder (inkl. Waltershof, das aus »datenschutzrechtlichen Gründen« vom Statistikamt mit Finkenwerder zusammengezogen wird) der Hamburger Stadtteil mit der höchsten Rate an Sozialwohnungen, die von 2023 bis 2030 aus der Mietpreisbindung fallen: 436 von 575 Wohneinheiten des 1. Förderweges (= 75,8%) werden in den kommenden Jahren dem »freien Markt« überlassen. Zwischen 2011 und 2022 hatte Finkenwer-

der schon 354 mietpreisgebundene WE verloren. Was alles in allem einen Aderlass von fast 800 Sozialwohnungen in 20 Jahren bedeutet. Und was hat der Senat gegen dieses Schwinden günstiger, geförderter Wohnungen unternommen, frage ich mich? Etwa großflächig Sozialwohnungen in diesem Zeitraum neu gebaut? Nein, keineswegs. Im Jahre 2011 hat die ach so Freie und Hansestadt noch 20 Sozialwohnungen fertiggestellt und seitdem – tatatata! –, also von 2012 bis 2022, keine einzige mehr! Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, dass die Bautätigkeit in Finkenwerder auch insgesamt nicht gerade üppig gelaufen ist: Lediglich 92 Wohneinheiten wurden zwischen 2011 und 2022 errichtet, davon, wie gesagt, 21 Sozialwohnungen. So viel zum kleinteiligen »Drittmix« und zur Bewältigung der Wohnungskrise in Finkenwerder.

Ina Morgenroths O-Ton direkt aus Finkenwerder

Ein Umzug von St. Georg nach Finkenwerder ist nicht leicht zu verdauen, ein harter Bruch zwischen zwei Lebenswelten, vielleicht sogar Lebenseinstellungen. Beides Hamburg, beides weit voneinander entfernt. Doch Finkenwerder ist meine neue Wahlheimat, nicht ohne Grund. Die Altstadt des ursprünglichen Fischerdorfes ist ein Idyll, wie ich es mir beim Meister Eder und seinem Pumuckl im Hinterhof der alten Schreinerwerkstatt ausgemalt habe. Hier stehen dicht an dicht und verschlungen hintereinander die Einfamilienhäuser mit Reetdach und Fassadenschmuck aus längst vergangenen Zeiten, als die Hamburger*innen noch zum Feiern nach Finkenwerder in eines der zahlreichen Gasthäuser kamen. Heute fährt man nicht mehr zum Sonntagstanz mit der Fähre hier her. Nur selten verirren sich die Fahrgäste der Fähre in den Auedich oder die Sandhöhe, wenn sie denn überhaupt aussteigen. Das alte Dorf liegt etwas abseits vom Anleger. Die meisten finden den Weg bis in dieses kleine Paradies nicht. Gut so, denke ich oft, schade denke ich manchmal. Viel Einzelhandel gibt es nicht mehr, Aldi und Edeka haben auch hier das Geschäft übernommen. Von den vielen Kneipen mit unfassbar schönen Tanzsälen ist keine geblieben, von den vielen Hochseefischern und ihren Ewern auch nicht. Den letzten Rest hat man dem Dorf in den 60ern verpasst, mit der Aufschüttung von Deichen und Betonierung ganzer Auen, Errichtung von Mietshäusern in Blockreihe und der Hafenerweiterung. Alles teils notwendige, gar überlebenswichtige Bebauungen. Den Charakter Finkenwerders haben sie trotzdem nachhaltig verändert. Die ehemalige Insel ist allein deshalb gefühlt immer noch Insel, weil sie im Süden Hamburgs liegt, der immer bei der Verkehrsplanung abgehängt ist, oftmals nicht mitgedacht wurde. Die Elbe kann von hier aus mit dem Fahrrad oder zu Fuß gar nicht überquert werden. Mit dem Auto dafür gleich zwei Mal, über die Köhlbrandbrücke oder den Elbtunnel. Zweiteres ist oft kein Vergnügen, wie alle Hamburger*innen wissen. Ist der Tunnel einmal dicht, überschlagen sich die Warnmeldungen in

der Finkenwerder-Facebook-Gruppe. Der Weg weg von der Insel oder herauf ist dann förmlich abgeschnitten. Ich kenne hier inzwischen einige Nachbar*innen, schätze den Schnack, die Weinabende, kenne den Wirt meiner neuen Lieblingskneipe, die Verkäuferinnen der Buchhandlung. Meine Tochter fährt Fahrrad, ohne ständig auf Verkehr achten zu müssen, und sie wird demnächst ihren Schulweg auf einem kleinen Pfad am Bach nur für Fußgänger ganz allein bewältigen können. Ich liebe es, an einem Sommertag wochentags um 7.30 Uhr fast allein auf dem Oberdeck der Fähre 62 meinen Arbeitsweg anzutreten und Pötte vorbeiziehen zu sehen. Ich hasse es, an Freitagnachmittagen mich wieder heimwärts auf die Fähre quetschen zu müssen. Ich liebe Ausflüge ins Alte Land und an die Elbe mit dem Rad, ich hasse die Staus zu Schichtende von Airbus auf dem Neßdeich. Ich liebe die Ruhe auf meiner Terrasse am Haus, ich hasse sie samstagabends, wenn die Stadt so weit weg erscheint. Finkenwerder ist ein Dorf in der Stadt, inzwischen ein bisschen auch mein Dorf. Auch wenn mir die Buchhändlerin unmissverständlich klar gemacht hat, dass man nie Finkenwerderin ist, sofern man nicht hier geboren wurde, am besten schon in dritter Generation. Auch das ist Finkenwerder, mit all seinen Vor- und Nachteilen.



Ina Morgenroth bei ihrer Begrüßungsansprache



Der Blick vom fest vertäuten »Kulturschiff MS Altenwerder«



Die Hin- und Rückfahrt über die Elbe – ein großes Erlebnis

Ein anderes Thema, das mir in den vergangenen Jahren bisweilen (auf der anderen Elbseite in Artikeln und Drucksachen) begegnet ist: die Verkehrssituation in Finkenwerder. Unglaublich die Vorstellung, dass noch vor wenigen Jahren – bis zur Fertigstellung der 5,5 Kilometer langen Umgehungsstraße im Dezember 2012 – täglich 20.000 Fahrzeuge durch den Ortskern von Finkenwerder brausten. Die Umgehungsstraße ist zwar längst fertig, aber, wie mir von Bewohner:innen geschildert wurde, die Zahl der Autos, die täglich mitten durch Finkenwerder auf dem Weg zu ihren Arbeitsplätzen unterwegs sind, ist immer noch dramatisch hoch. Insofern begrüßte Heike in ihrer Rede auf dem Jahresempfang völlig zu Recht, dass der Regionalausschuss Finkenwerder wenige Tage zuvor beschlossen hatte, für ganz Finkenwerder durch die zuständigen Stellen Tempo 30 prüfen zu lassen und – wenn möglich – schon mal als Erprobungsmaßnahme einzuführen (<https://bv-hh.de/hamburg-mitte/documents/durchgangsverkehr-reduzieren-tempo-30-auf-der-ortsdurchfahrt-finkenwerder-erproben-antrag-der-spd-cdu-und-fdp-fraktion-145470>).

Das dürfte dann doch – hoffentlich – dazu führen, dass der eine oder die andere Autofahrer:in die zwar etwas län-

gere, dann aber auch »schnellere« Umgehungsstraße nutzt. Dieser Antrag sollte Schule machen, vor allem in Quartieren, die täglich vom Durchgangs- und Pendlerverkehr erschlagen werden. »Man *kann* einen Menschen mit einer *Wohnung erschlagen* wie mit einer Axt«, hat Heinrich Zille einmal gesagt. Mit dem starken Autoverkehr quer durch Wohngebiete ist das nicht anders.

Der Jahresempfang der Bezirksfraktion Mitte hat Spaß gemacht. Das wunderschöne Sonnenwetter, die Location – das gemietete »Kulturschiff MS Altenwerder« (das habe ich mir für zukünftige Veranstaltungen gemerkt) –, die Verpflegung, die kurz(weiligen) Ansprachen von Ina Morgenroth, der Fraktionsvorsitzenden Theresa Jakob und üppigerweise gleich von drei Abgeordneten der Bürgerschaftsfraktion (von Norbert Hackbusch zum Hafen, David Stoop zur mangelnden Steuergerechtigkeit und Heike Sudmann zur Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik) und schließlich die Lesung von Murat Kâmil aus seinem Erstling »Deniz am Strand« waren gut zu verdauen und hätten gerne auch noch etwas mehr Publikum verdient. Nächstes Mal! Danke, liebe Bezirksfraktion, für diesen animierenden Empfang und die Chance, wieder mal durch Finkenwerder zu bummeln.

Hamburg wächst sprunghaft

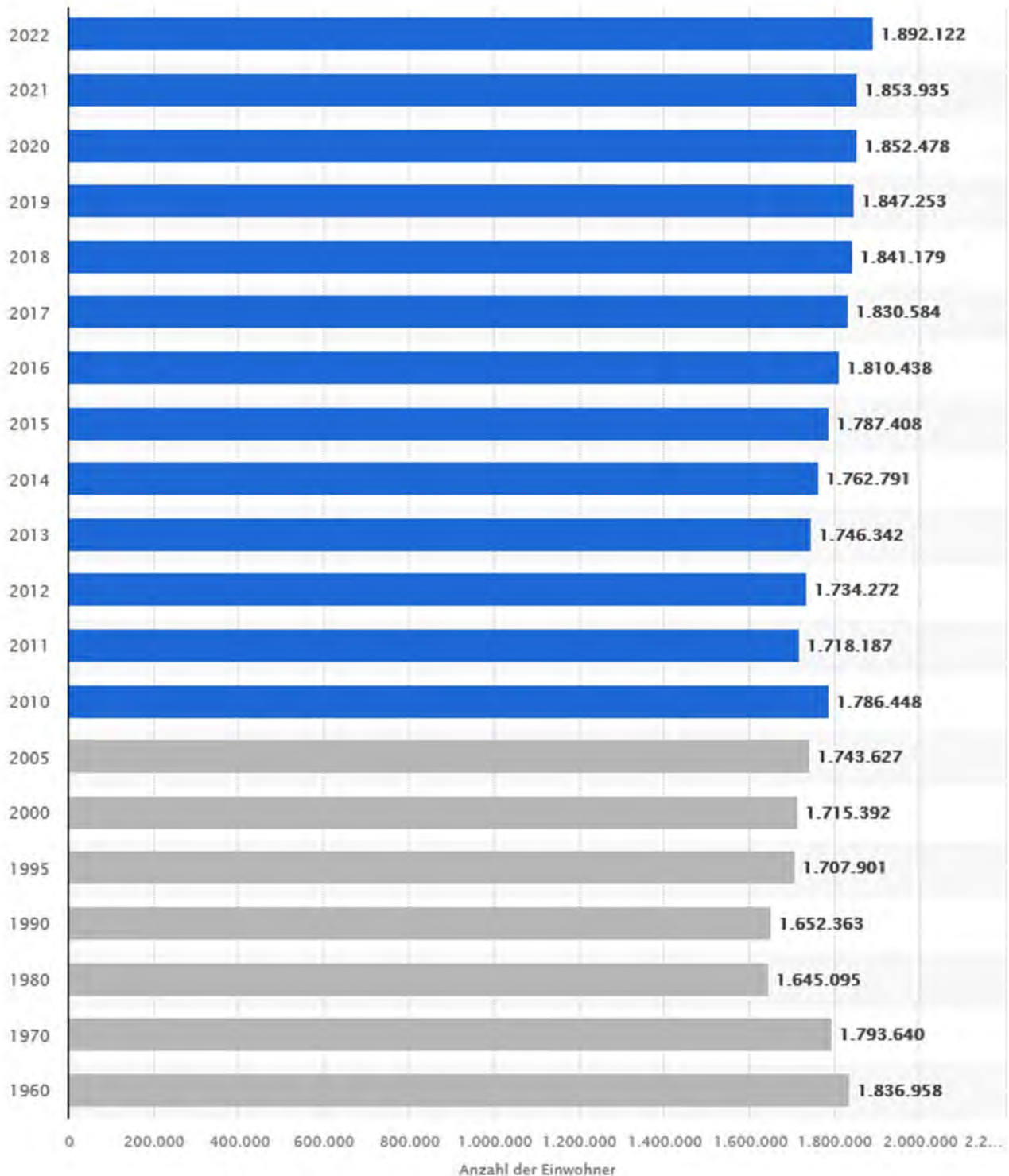
Von Michael Joho

Ausgerechnet eine Meldung der »BILD Hamburg« vom 30. Mai hat mich kürzlich elektrisiert. »Hamburg wird jünger«, so die Überschrift, und zwar deswegen, weil Hamburg wächst ... durch den Zuzug vor allem jüngerer Menschen (vermutlich zu einem Gutteil aus der Ukraine). Und dann die entscheidende Aussage: »Von Ende 2021 bis Ende 2022 kamen laut Melderegister knapp 40.000 Neu-Hamburger hinzu.«

Dieser fast unglaubliche Schub ergibt sich aus den Quartalsberichten des Statistikamtes Nord zur (fortgeschriebenen) Hamburger Bevölkerung. Und dort ist zu erfahren, dass Hamburg Ende 2021 genau 1.853.935 Einwohner:innen hatte,

Ende des IV. Quartals, also Ende Dezember 2022, aber bereits 1.892.122 (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_1_vj_H/A_I_1_vj_22-4_Zensus_HH.pdf). Damit ist Hamburg im vergangenen Jahr um 38.187 Personen angewachsen, so viel wie im letzten Jahrzehnt nicht mehr, die die »Statista«-Grafik auf der nächsten Seite zeigt.

Vergleichend seien dazu auch die bereits angeführten Angaben aus dem Melderegister herangezogen. Danach hatte Hamburg am 31.12.2021 genau 1.906.411 Einwohner:innen (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_

Einwohner:innenzahl in Hamburg von 1960 bis 2021

Berichte/bevoelkerung/A_I_S_1_j_H/A_I_S1_j21.pdf) und genau ein Jahr später dann 1.945.532 Einwohner:innen (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_S_1_j_H/A_I_S_1_j22.pdf), also auch nach dieser Quelle tatsächlich fast 40.000 Bürger:innen mehr.

Bei durchschnittlichen 1,8 Personen pro Hamburger Haushalt, rechnen wir freundlich mit 2,0 Personen, bräuchten wir in unserer Stadt alleine wegen des Zuwachses von rund 40.000 Menschen im vergangenen Jahr 20.000 Wohnungen mehr. Wow! Die Zahl neuer Kita- und Schulplätze und damit neuer Einrichtungen etc. mag sich jede/r selbst ausrechnen.

Tipps und Termine

»Die **Hamburger sind die glücklichsten Großstädter Deutschlands**«, meldete doch tatsächlich das »Hamburger Abendblatt« online am 7. Juni (www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-nord/article238614045/Wohnung-Gehalt-Freizeit-So-zufrieden-sind-die-Hamburger.html). Im Ranking des bundesdeutschen »Glücksatlas« steht die Elbmetropole obenan, weil die Hambruger:innen »mit ihrem Einkommen sehr zufrieden« seien. »Besonders positiv fallen die Familien und die Wohnzufriedenheit auf.« Vom »starken Zusammengehörigkeitsgefühl« und ein »gewisser Lokalpatriotismus« ist da die Rede, all das macht uns also glücklicher als in anderen Städten. Mannomannomann, was für ein Stuss in all den Horrormeldungen, die uns auch dieser Tage erreichen. Nehmen wir nur mal diese:

- Bis zu **700 ertrunkene Flüchtlinge vor Griechenland** – und die Küstenwache hat zugesehen ([taz, online vom 15.6., taz.de/Nach-dem-Bootsunglueck-vor-Griechenland/!5937697/](http://taz.de/Nach-dem-Bootsunglueck-vor-Griechenland/!5937697/));
- »**Weltkrieg durch Zufall?** Gefahren durch NATO-Maßnahmen Air Defender 2023« (NachDenkSeiten vom 16.6., www.nachdenkseiten.de/?p=99279#more-99279); Und immer wieder Meldungen, dass es mit der Klimaretterung kein Stück voran geht:
- »Deutlich **mehr Luftverschmutzung durch Kreuzfahrten in Hamburg**« (NDR vom 16.6., www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Deutlich-mehr-Luftverschmutzung-durch-Kreuzfahrten-in-Hamburg,kreuzfahrt940.html);
- **SUVs verstärken Mangel an Seltenen Erden** (»Die Welt« vom 13.6., www.welt.de/wissenschaft/article245777588/Knappe-Rohstoffe-Wie-der-Trend-zum-SUV-dem-Mangel-an-seltenen-Erden-verstaerkt.html);
- »Der Kampf ums Klima. **Wie uns die Öl-Industrie belügt**« – ein empfehlenswerter halbstündiger Fernsehbeitrag von Anja Reschke (ARD vom 1.6., www.ardmediathek.de/video/reschke-fernsehen/der-kampf-ums-klima-wie-uns-die-oel-industrie-beluegt/daserste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILm5kci5kZS80ODY3XzlwMjMtMDYtMDEtMjMtMzU).

Die neue **Backbord** ist erschienen, die vierteljährlich erscheinende **Zeitung der Linksfraction in der Hamburgischen Bürgerschaft**. Wer sich auf einen schnellen Blick darüber informieren möchte, was DIE LINKE gegen die **Klimakatastrophe** fordert bzw.



unternehmen will, ist hier richtig. Und nebenbei lassen sich noch ein paar Eindrücke aus **15 Jahren parlamentarischer Arbeit** der LINKEN in der Elbmetropole entnehmen. Also, die Finger gespitzt und schnell getippt www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2023/05/Backbord_Sommer_2023_D.pdf.

Eine anschauliche Aktion anlässlich des Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen haben die Organisationen Autonom Leben e.V. sowie der Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg e.V. initiiert. Am 4. Mai führten sie auf dem Rathausmarkt eine Versammlung durch, auf der **gegen die herumliegenden Elektro-Roller protestiert** wurde. Das Motto: »Wollen nicht stolpern, wollen nicht fallen, E-Roller auf feste Plätze schnallen. Sorgen Sie für Sicherheit auf den Hamburger Gehwegen.« Die klare Forderung an die politisch Verantwortlichen steht im Raum: »Verbieten Sie E-Roller oder schaffen Sie feste Stellplätze!« Die Aktion ist keineswegs zu Ende. Nun gibt es kleine Flyer aus einem regenabweisenden Material, die an achtlos abgestellte E-Roller gehängt werden können. Jedes Anhängsel eine **Rote Karte für Falschparker!** Zur Erklärung von 16 Hamburger Organisationen gegen die grassierende E-Roller-Pest geht es hier: www.bsvh.org/nachricht/europaeischer-protesttag-zur-gleichstellung-von-menschen-mit-behinderung.html.



Noch bis zum 21. September ist in der ARD-Mediathek der knapp anderthalbstündige **Dokumentarfilm** »Die Autobahn. Kampf um die A 49« zu sehen. Es geht um den Neubau einer Autobahn bei Kassel, mit einer Trasse, die mitten durch jahrhundertealte Wälder und vorbei an verschlafenen Dörfern führen soll. Die Strecke wird immer wieder besetzt, die Klimaschützer:innen durch Polizeieinheiten geräumt, darunter die sieben »Barrios« mit 600 Aktivist:innen in Dannenrod. »Und während sich einige Anwohner:innen auf freie Fahrt freuen«, so die Filmemacher, »müssen so manche Politiker:innen Entscheidungen gegen ihr Gewissen umsetzen. Ein Autobahnbau, der die Gesellschaft spaltet.« Ein spannendes Lehrstück: www.ardmediathek.de/video/wdr-dok/die-autobahn-kampf-um-die-a-49/wdr/Y3JpZDovL3d-kci5kZS9CZWl0cmFnLTJjMjk1MmVkJTNkYjktND-kxNS04NzhiLWFKmZjY2JkYzBhNQ.

Anfang April hat die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) nach erheblicher Verzögerung endlich ihre **»Umsetzungsorientierte Machbarkeitsstudie«**

in Sachen Erreichung der Klimaziele im Bereich der Wohngebäude in Hamburg vorgelegt. Auf immerhin 78 Seiten wird die Frage erörtert, ob und wie das Ziel klimaneutralen Wohnens bis 2045 realisiert werden kann. Nach Angaben der Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein sei das Ziel der Klimaneutralität zwar »ambitioniert«, aber Hamburg sei »schon auf einem guten Weg«. »Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien eine deutlich höhere Bedeutung hat als die Gebäudeeffizienz«, so zumindest die Senatorin in ihrer Pressemitteilung vom 3. April. »Der schnelle Ausbau des kommunalen Wärmenetzes wird damit zum wesentlichen Faktor für einen klimaneutralen Wohngebäudebestand in Hamburg« (www.hamburg.de/presse-archiv-fhh/17027036/2023-04-03-bsw-machbarkeitsstudie/). Unter diesem Link kann auch das Gutachten nebst weiteren Materialien heruntergeladen werden.



Mitte Juni hat die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) eine weitere **Studie** zu den Wohnungs- und Eigentumsverhältnissen publiziert, dieses Mal in Hessen. Die Analyse zeigt u. a., dass die durchschnittlichen Angebotsmieten in diesem Bundesland seit 2014 um ein Drittel gestiegen sind und bis Ende 2025 weitere 4.500

öffentlich geförderte Wohnungen aus der Bindung herausfallen. Die Studie **»Schöner Wohnen in Hessen? Eine Bestandsaufnahme der Wohnungskrise in Hessen und Vorschläge zu ihrer Bewältigung«**, die Anne Göbel und Florian Janik im Auftrag der RLS verfasst haben, ist hier online verfügbar: www.rosalux.de/schoenerwohnenhessen.

Kürzlich erschienen ist die **20. Ausgabe** der von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen herausgegeben Broschüre **Hamburg. Deine Perlen. Integrierte Stadtteilentwicklung**. Auf 16 Seiten gibt es allerhand (Jubiläum-) Berichte über Hamburger RISE-Projekte vom Harburger Binnenhafen über Lurup und Schnelsen bis Rahlstedt und Bergedorf. Interessant sind auch ein umfangreicheres Interview mit Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein, die Links zu überarbeiteten Versionen der RISE-Förderrichtlinien und des RISE-Leitfadens sowie zum Sozialmonitoring-Bericht 2022. Und das alles gibts hier: www.hamburg.de/contentblob/17035602/538df47efab36fe6d3a088bbb96b5510/data/h-d-p-ausg20.pdf.

Zu den hier zum wiederholten Male empfohlenen Websites gehört die der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS), genauer, der allmonatlich herauskommende, geschichtsträchtige Newsletter **Making History**. Die neueste Nummer enthält wieder allerlei Verweise auf Veranstaltungen, Podcasts, neue Publikationen und Netzmaterialien, eine wahre Fundgrube für historisch Interessierte (<https://socialhistoryportal.org/news/articles/311401>). Aufmerksam gemacht sei hier nur auf einen **Podcast** zur **Geschichte der Studierendenbewegung**. Anika Taschke und Albert Scharenberg sprechen mit dem Publizisten und »Blätter«-Redakteur Albrecht von Lucke über das NS-faschistische Erbe und den Generationenkonflikt der »68er«, mit dem Kultur- und Poptheoretiker Diedrich Diederichsen über »Counter Culture« und die Revolution in der Musikkultur und mit Prof. Ilse Lenz über die Anfänge der Neuen Frauenbewegung im SDS.



Mit seiner Million Stimmen für den **Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co. Enteignen** haben die Berliner:innen wieder mal gezeigt, wie eine Bewegung aber so richtig groß gemacht werden kann. Dass trotz getretener Bremse eines Teils der Berliner SPD-Spitze und damit des Senats noch nicht alles verloren ist, hängt vor allem am ungebrochenen Willen der Aktivist:innen. Jetzt hat die Initiative eine **Broschüre** mit dem Titel **Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände** herausgegeben. Wir freuen uns über die optimistische Überschrift und erhoffen uns ähnliche Überlegungen, wenn auch die hiesige Volksinitiative »Hamburg enteignet« in die nächste Runde geht und letztlich den Volksentscheid gewinnt. Die Berliner 68-seitige Studie gibts hier: <https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/broschuere-gemeingut-wohnen>.





Mietraum²
Die Zeitung von Mieter helfen Mietern - Hamburger Mietervereine e.V. - www.mhmhamburg.de

ENERGIEPREISKRISE
Entlastungsmaßnahmen

GEWERBE
Schriftformfalle

REPORTAGE

Jetzt Wohnungstausch erleichtern

4.2023 – 2,50 €



Zeitschrift des Mietervereins zu Hamburg von 1890 i.V. Landesverband im Deutschen Mieterbund - C 11622 F Ausgabe 2/2023

MieterJournal

Kleingärten Grüne Inseln im Häusermeer

Porträt: Malte Slegert, NABU-Chef
Stadtteil-Rundgang: Die „Fuhle“
Volksins: „Hamburg enteignet“ und „Boden & Miete“

DMB
DEUTSCHER
MIETERBUND

Die neuen Zeitschriften der beiden Hamburger Mietervereine laden wieder mal ein zum Blättern und Vertiefen. **mietraum²**, herausgegeben vom Verein Mieter helfen Mietern, thematisiert u. a. die Energiepreise und die überfällige Möglichkeit, eine Wohnung zu tauschen. Es geht um Wohngeld, die Sternbrücke und viele andere Tipps und Neuigkeiten. Das alles gibt es hier: www.mhmhamburg.de/files/download/mietraum/mhm-mieterzeitung-mietraum-1-2023.pdf. Der Mieterverein zu Hamburg bringt in seiner aktuellen Nummer des **MieterJournal** neben allerlei Hinweisen und Urteilen vor allem die Themen Kleingärten, Mietenexplosion und auch die Sternbrücke. Guckst du hier: www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/.content/dokumente/mieterjournal/mieterjournal-2023-2.pdf.

Auch wenn die LINKE nicht gerade täglich stärker wird, können wir doch immerhin ein neues Büro vermelden. Anfang Juni hat die Co-Fraktionsvorsitzende **Cansu Özdemir** in der Luruper Hauptstraße 149 ihr **neues Abgeordnetendomizil** aufgeschlagen. Wer Lust und Zeit hat, mal vorbeizukommen, ist dort ein gerne gesehener Gast.

Um den in jeder Hinsicht übernotwendige **Nächste Station: Sozial-ökologischer Wandel** geht es auf einer Veranstaltung von **fairtradedstadt-hamburg** am **Donnerstag, den 22. Juni**, um 19.00 Uhr in der Zentralbibliothek der Hamburger Bücherhallen (Hühnerposten 1). Dirk Kienscherf (SPD), Mimi Sewalski (Avocadostore) und Tom Petersen (Doughnut Coalition Hamburg) diskutieren, wie es mit dem Fairen Handel in Hamburg gegenwärtig aussieht und wie in diesem Zusammenhang der sozial-ökologische Wandel gelingen kann. Weitere Infos und Anmeldung unter <https://eveeno.com/naechstestationwandel>.



„Nächste Station: Sozial-ökologischer Wandel!“
Do. 22. Juni 2023, 19:00 Uhr – Zentralbibliothek der Bücherhallen Hamburg, Hauptdeck (Ebene 1), Hühnerposten 1, 20097 Hamburg

Zukunft fairhandeln & neu denken

Auch wenn es etwas außerhalb stattfindet, aber wichtig ist diese **Konferenz** allemal. Auf Einladung der **Bundstagsfraktion DIE LINKE** findet am **Freitag, den 23. Juni**, von 13.00 bis 17.00 Uhr eine Tagung



im Paul-Löbe-Haus (Eingang Süd, Paul-Löbe-Allee 1) statt, auf der es um Deutschlands und Hamburgs größten Wohnungskonzern geht: die Vonovia. Ihr gehören zurzeit etwa 565.000 Wohnungen, davon alleine in Hamburg rund 11.000. Die Tagung dient der Diskussion der Frage, **Was tun gegen Vonovia & Co. Auf Bundesebene?**. Zu den markanten Redner:innen gehören u.a. Caren Lay (wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion), Knut Unger (Mieterverein Witten), Jonathan Diesselhorst (IG BAU) sowie aus Hamburg Marco Hosemann (Volksinitiative Marco Hosemann). Eine schnelle Anmeldung ist nötig, mehr Infos unter www.linksfraktion.de/termine/detail/was-tun-gegen-vonovia-co-auf-bundesebene/.

Am **Donnerstag, den 29. Juni**, lädt die Hamburger LINKE zu einer »roten Vorlesung« mit **Jan van Aken** ein. Der Rüstungsexperte und ehemalige Hamburger Bundestagsabgeordnete 2009 bis 2017 referiert über das brisante Thema **Eskalation der Waffen, Sanktionen und Verhandlungsmöglichkeiten im Ukraine-Krieg**. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr in der St. Georger »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 3). Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung per E-Mail an Regine.Brueggemann@t-online.de erwünscht.

Nur **noch bis zum 30. Juni** zeigt die Bücherhalle Harburg (Edelbüttelerstraße 47a) eine Ausstellung zur **102-jährigen Geschichte des »Eisenbahnbauvereins Harburg«** (EBV). »Wie Genossen in Harburg bauen« lautet ihr Titel. Für Interessierte in Sachen Wohnungsbaugenossenschaften ein unbedingtes Muss. Die Ausstellung wird im Rahmen des Hamburger Architektur Sommers präsentiert.

Auch **Prof. Frank Deppe**, einer der Nestoren der marxistischen Geschichtswissenschaft in der BRD und neben Georg Fülberth wohl der markanteste Vertreter der Abendrothschen Marburger Schule, ist zu Gast in einer »Roten Vorlesung« der Hamburger LINKEN. Am **Freitag, den 14. Juli**, hält er in der St. Georger »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 3) einen Vortrag zum Thema **Der neue und der alte Kalte Krieg – ein Vergleich mit Fragen für die politische Linke und die Friedensbewegung**. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung per E-Mail an Regine.Brueggemann@t-online.de erwünscht.



Vom **23. Juni bis zum 14. Juli** wird in der HafenCity (Schuppen 29, Baakenhöft) eine Ausstellung zu **Hamburger Wettbewerben und Verfahren 2017 - 2023** präsentiert. Klingt erst einmal wenig aufregend, es geht dabei aber um nichts weniger um die jährlich etwa 40 Wettbewerbs- und Planungsverfahren, mit denen die Stadt, jedenfalls ein Quartier nach dem anderen umgemodelt wird. Der Titel der Ausstellung

lautet daher auch **Die ganze Stadt**, in der nicht nur die jeweiligen obsiegenden Konzepte und Entwürfe, sondern auch viele andere, ebenso kreative, planerische Ideen für die zukünftige Gestaltung der Stadt gezeigt werden. Dabei handelt es sich um eine weitere Veranstaltung im Rahmen des **10. Hamburger Architektur Sommers**, der mit Dutzenden Veranstaltungen löckt. Das umfangreiche, kaum zu überschauende Programm, das noch bis Juli läuft, gibt es hier: www.architektur-sommer.de/veranstaltungen. Schwerpunkt in diesem Jahr: **Zwischen Ökologie und Baukunst**.

Die **Initiative Schulcampus Lohsepark** unterstreicht durch eine **Demonstration** am **Montag, den 26. Juni**, um 16.15 Uhr ab Campus HafenCity nahe der Versmannstraße, endlich eine gute und sichere Lösung für die dreijährige Unterbringung der Containerschule. Gefordert wird, den temporären Standort während des Neubaus auf dem Baufeld 74-76 anzusiedeln, dort, wo die HafenCity GmbH bisher noch ein weiteres Bürogebäude errichten will. Die Parole lautet daher: **Klassen statt Büromassen** (www.schulcampus-lohsepark.de/).



Am **Sonntag, den 2. Juli**, 15.00 bis 18.30 Uhr, lädt die Initiative **Hamburgs Wilder Osten** (HWO) zum mittlerweile **19. Elbebadetag** an die westliche Spitze des Elbparks Entenwerder ein. Inhaltlich stehen dieses Mal die großen Umbaupläne für Rothenburgsort im Mittelpunkt - in der April-Ausgabe des »Bürger:innenbriefes« hatte Ingo Böttcher darüber ausführlich berichtet. Aber natürlich gibt es auch wieder Kaffee und Kuchen und den Abgehärteten steht ein kühles Bad im ehemaligen Hafenbecken Haken Elbe bevor. Die wunderbare Schatzkarte hilft da bestimmt weiter (www.hwo-digital.de/).



50 Jahre Mieter:innenkampf

Unglaublich, ein halbes Jahrhundert gibt es die Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße nun schon, und sie hat wahrlich Geschichte gemacht, auch bundesweit. Und sie hat Rechtsgeschichte geschrieben, vor allem auch dank des Rechtsanwalts Bernd Vetter (geb. 1948), der 1975, damals noch Jurastudent, den legendären Mietvertrag mitausgehandelt hat. Wir sagen der Mieter:innengruppe Haynstraße/Hegestraße herzlichen Glückwunsch zum 50-Jährigen, ziehen unsere Mützen vor dem jahrzehntelangen Engagement für die Interessen Hamburger Mieter:innen und bedanken uns ganz besonders bei Bernd Vetter, der uns den nachfolgenden Artikel exklusiv zur Verfügung gestellt hat.

50 Jahre Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße

Von Bernd Vetter

Wir feiern am 17. Juni 2023 ein besonderes Jubiläum: Seit 50 Jahren besteht die »Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße« und kämpft gegen Mietwucher und Bodenspekulation – nicht nur in der Haynstraße.

Das 1912 erbaute Haus Haynstraße 1-3/Hegestraße 41 und die Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße sind nicht voneinander zu trennen: Ohne das Haus würde es die Mietergruppe nicht geben, ohne die Mietergruppe das Haus nicht mehr stehen.

Das großbürgerliche Haus ist eines der schönsten in Eppendorf. In den 1930er-Jahren wurden die über 300 Quadratmeter großen 8- bis 10-Zimmer-Wohnungen geteilt. Im »Dritten Reich« hingen die größten Nazi-Fahnen von den Balkonen. Das Haus überstand den Zweiten Weltkrieg unbeschädigt. Nach dem Krieg wurden Behelfswohnungen auf den Dachböden eingerichtet.

1969 kauft die Firma »IHA Hausbau« das Haus für 1,5 Mio. DM mit dem Ziel, es abzureißen und durch einen gesichtslosen Neubau samt Tiefgarage mit 35 Wohnungen zu ersetzen (heute gibt es 22 Wohnungen). Die Firma erhält eine Abrissgenehmigung. Den alten Mieter:innen wird allesamt gekündigt. Einige wehren sich auf die damals allein mögliche Weise, über die Härteklausel (Alter und Krankheit). Um bis zum endgültigen Abriss und Neubau noch etwas Zwischenprofit zu machen, vermietet die IHA Hausbau ab 1970 insgesamt 14 Wohnungen über den ASTA der Universität Hamburg an



Die Fassade zum Jubiläum 2023 (Fotos: Michael Joho)



»Besetztes Haus« Haynstraße 1973 (alle historischen Fotos: Bernd Vetter)

Studierende als mobile Zwischenmieter:innen (Kündigungsfrist 14 Tage). So geriet eine bunte Mischung von linken Student:innen ins Haus: von den »Revis« (im damaligen Sprachgebrauch) des SHB und der DKP über unabhängige Linke und Mitglieder diverser K-Gruppen bis zu den Spontis. Die meisten verfügten über große politische Erfahrung und vielfältige Talente.

Die Mietergruppe formiert sich

Im Jahr 1973 schlossen sich die studentischen Mieter:innen zusammen und bildeten die »Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße«, zunächst mit dem Ziel, den Abriss des Hauses zu verhindern und ihr langfristiges Wohnen im Haus zu sichern. In der 1973/1974 mit der Überschrift »Kampf dem Mietwucher

und der Bodenspekulation – Für den Erhalt der Häuser Haynstraße/Hegestraße« beschlossenen politischen »Plattform« wurde jedoch festgelegt, den Kampf über die unmittelbaren Interessen hinausgehend im Stadtteil und in Hamburg mit folgenden Losungen zu führen:

- Kampf dem Mietwucher und der Bodenspekulation
- Für Erhaltung und Sanierung zentraler Wohngebiete
- Überführung von Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum!

Es war eine große Leistung der Mietergruppe, dass es ihr gelang, auf dieser politischen Grundlage erstmals in Hamburg eine Aktionseinheit der ansonsten völlig verfeindeten genannten linken politischen Gruppierungen im Haus (und mit Wirkung darüber hinaus) herzustellen.

Es gelang uns dann, durch politische Aktionen (Flugblätter, Info-Tische, Kundgebungen, Veranstaltungen etc.) den Abriss des Hauses zu verhindern. Eine entscheidende Rolle spielte dabei, dass zwischenzeitlich die Zweckentfremdungsverordnung erlassen wurde, und es für den Abriss eines Hauses einer wohnungswirtschaftlichen Zweckentfremdungsgeheimung bedurfte, die dann aufgrund unseres politischen Drucks von der Behörde verweigert wurde. Daraufhin kündigte die IHA-Hausbau sämtliche Mietverhältnisse. In der Zwischenzeit war allerdings das sogenannte »Soziale Mietrecht« erlassen worden, das bei Wohnraummietverhältnissen eine Kündigung nur bei Vorliegen eines berechtigten Interesses zuließ. Wir gewannen den Räumungsprozess in Erster Instanz beim Amtsgericht Hamburg vor der jungen, fortschrittlichen Amtsrichterin Konstanze Goerres-Ohde (die später Landgerichtspräsidentin in Hamburg und dann Oberlandesgerichtspräsidentin in Schleswig wurde). Das Landgericht in der Berufungsinstanz war uns dagegen nicht wohlgesonnen: Sie hielten die Zweckentfremdungsverordnung für verfassungswidrig und legten den Fall dem Bundesverfassungsgericht vor. Dieses bestätigte jedoch die Verfassungsgemäßheit der Zweckentfremdungsverordnung, sodass das Landgericht gezwungen war, die Berufung der IHA Hausbau rechtskräftig zurückzuweisen.

Nach dieser doppelten Niederlage gab die IHA Hausbau auf und verkaufte Haus und Grundstück für 625.000 DM (!) an den Spekulanten Wolfgang Horst, der hinter einer Schweizer Briefkastenfirma namens »DORUSSA AG« operierte. Zu diesem Zeitpunkt standen sieben Wohnungen von damals 21 leer, die die IHA Hausbau nach Beginn der Auseinandersetzung mit uns nicht mehr vermietet hatte. Die Hausbesetzung dieser Wohnungen war bereits bis ins Einzelne geplant, die Besetzer:innen standen fest, auch die Presseerklärungen, die wir am Tag der Besetzung herausgeben wollten.

Ein außerordentlicher Mietvertrag

In diesem Moment kam es erstaunlicherweise zu Verhandlungen mit Wolfgang Horst über einen Mietvertrag. Sie mündeten nach monatelangen Verhandlungen schließlich in dem außerordentlichen Mietvertrag, den wir im Dezember 1975 mit 50 Mieter:innen in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (alle 50 hafteten gesamtschuldnerisch für die Verpflichtun-



Mietrechtsexperte Bernd Vetter (Foto: Michael Joho)

gen aus dem Mietvertrag) dann über das ganze Grundstück und die drei Häuser (nicht wohnungsweise) abgeschlossen haben. Dieser Mietvertrag ist nach wie vor die Grundlage für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben in der Haynstraße. Wir können bestimmen, wer in diesem Haus wohnt und wer ein- oder auszieht. Die Miete war niedrig und konnte nur in geringem Maße erhöht werden (die ortsübliche Miete hatten wir ausgeschlossen). So zahlen wir heute noch eine Nettokaltmiete von 3,25 Euro pro Quadratmeter (in der Umgebung werden heute 15,00 bis 22,00 Euro pro Quadratmeter gezahlt). Der Vermieter verpflichtete sich zu einer Reihe von Instandsetzungsmaßnahmen, Modernisierungen können nur mit unserer Zustimmung durchgeführt werden und wir können unsere freie Meinung mit Transparenten und Schaukästen am Haus kundtun.

In dem Mietvertrag stand allerdings auch, dass das Mietverhältnis »unwiderruflich« am 31. Dezember 1990 enden würde. Diese Vereinbarung war jedoch unwirksam, wie die Gerichte in den ab 1991 folgenden Räumungsklagen feststellten.

1980 wurde das Haus hinter dem Rücken der Mietergruppe in 24 Eigentumswohnungen umgewandelt, der 1975 geschlossene Gesamtmietvertrag blieb davon jedoch unberührt. Es entstand eine Vermietergemeinschaft von 24 Wohnungseigentümer:innen, die in Bezug auf die Kündigung des Gesamtmietverhältnisses aber nur einstimmig handeln können. Durch die Konstruktion des Gesamtmietvertrags war diesen Eigentümer:innen eine Eigenbedarfs- oder Verwerfungskündigung praktisch unmöglich, da sich nach dem Wortlaut des Gesetzes der Eigenbedarf bzw. der Verwerfungsbedarf auf das **ganze** Grundstück bzw. Haus beziehen muss.

Nach Abschluss des Mietvertrages führten wir, obwohl wir selbst zumindest bis 1990 durch den Mietvertrag gesichert waren, den Mieterkampf über das Haus hinaus in Eppendorf und in ganz Hamburg fort. Wie initiierten die Gründung der Mieterinitiativen in Eppendorf und Eimsbüttel, berieten zahllose Mieter:innen und machten Stadtteilarbeit. Auf



Das Haus 2023

Hamburger Ebene versuchten wir, die diversen Mieterinitiativen zu koordinieren und eine schlagkräftige Mieterbewegung in Hamburg aufzubauen (was letztlich nicht gelang).

Ich habe dann im Jahr 1976 mit verschiedenen Jurist:innen aus linken Hamburger Organisationen das Buch »Mietrecht für Mieter – Juristische Ratschläge zur Selbsthilfe« geschrieben. Die Erstauflage hat die Mietergruppe im Selbstverlag herausgegeben, 1977 bis 1992 erschien es in mehreren überarbeiteten Auflagen im Rowohlt Verlag, danach bei Heyne. Insgesamt dürften mehr als 150.000 Exemplare verkauft worden sein.

Zellenbildung im Mieterkampf

Wir haben Zellen im Haus gebildet, die für bestimmte Straßenzüge in Eppendorf zuständig waren. Dort wurden Veranstaltungen für die dort lebenden Mieter:innen gemacht. Wir verteilten in Eppendorf regelmäßig Flugblätter in einer Auflage von 10.000 Stück. Wir haben hunderte von Info-Ständen durchgeführt und viele Aktionen (teilweise im Stile der »Spaß-Guerilla«) und Demonstrationen veranstaltet. 1980 haben wir wesentlich zur Gründung des alternativen Mietervereins »Mieter helfen Mietern« auf dem Dachboden der Haynstraße beigetragen.

In den Jahren 1976 bis 1989 gab es dann lediglich einige Prozesse um Mängelbeseitigung, Mietminderungen und Nebenkostenabrechnungen.

Nach dem angeblichen Ende des Mietverhältnisses 1990 begann dann eine Kette von Kündigungen und Räumungsprozessen. Diese haben wir sämtlich gewonnen bis zu den höchsten Gerichten hinauf. Es ist den feindlichen Eigentümern bis heute nicht gelungen, den Mietvertrag zu knacken. Die zehnte Kündigungsstaffel erfolgte im Jahr 2004, die beiden letzten Räumungsprozesse haben wir im Jahr 2007 und 2008 gewonnen.

Wir haben uns in all den Jahren auf vielen Gebieten bemerkbar gemacht, nicht nur im Mieterkampf. Dies lässt sich gut an den Aufschriften der Transparente, die hier am Haus hängen und hängen, dokumentieren:

- 1973** Hier stehen 7 Wohnungen leer
- 1976** Solidarität mit den Mietern der Kunhardtstraße
- 1978** Horst, Du bist klasse! (*Nachdem wir den Vermieter gezwungen haben, Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen*)
Keine Mark für AKW
Gorleben muss leben
Behörde und Spekulant Hand in Hand
Alle AKW abschalten
- 1985** Nicaragua libre
- 1990** Eigenbedarf – aber für Mieter
Wir müssen draußen bleiben! (*Die Spekulanten*)
Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Wohnung
Vorsicht, bissige Mieter!
Hände weg von der Haynstraße (*alternierend mit: Hände weg von der Hafensstraße*)
- 1992** Gewonnen!
4:0 Haushöhe Packung (*vier gewonnene Prozesse*)
- 1992/93** Art. 16: Die Würde des Menschen ist unantastbar (*Asylgesetze verschärft*)
Biedermänner ermuntern Brandstifter (*Hoyerswerda*)
- 1995** 25 Jahre Haynstraße. Die 9. Kündigung – Der Tanz geht weiter
- 1996** Gewonnen: Wir gehen ins nächste Jahrtausend
- 1999** Nie wieder Krieg? Bombensicher!
- 2004** Keine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke
Die 10. Kündigung – Der Tanz geht weiter
- 2005** Haynstraße lebt! 35 Jahre »Hausbesetzung« in Eppendorf
- 2010** Wir sind doch nicht bescheuert! (*die damalige Volksinitiative von Rechtsanwalt Scheuerl*)
- 2022/23** Keine Profite mit Boden und Miete!

Hier gehörten wir zu den Initiatoren der beiden Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete!«, und ich habe den Kompromiss mit SPD und GRÜNEN mitausgehandelt:

Zur 1. Volksinitiative: Die FHH darf grundsätzlich keine Grundstücke und Wohnungen mehr verkaufen, bezüglich Wohngrundstücken hat dies sogar jetzt Verfassungsrang.

Bezüglich der 2. Volksinitiative ist vereinbart worden, dass auf 33 % der als Wohnbaugebiete bestimmten städtischen Flächen nur noch dauerhaft mietpreisgebundene Sozialwohnungen im ersten Förderweg gebaut werden müssen, jährlich mindestens 1.000 davon.

Der organisatorische Rahmen für die Verwirklichung unserer Politik ist unsere seit Jahrzehnten sehr gut funktionierende basisdemokratische Organisation ohne formelle Hierarchien. Das entscheidende Gremium ist die einmal im Monat tagende »Hausversammlung«, die Vollversammlung aller Mitglieder der Mietergruppe. Die laufenden Geschäfte werden von der »Zentrale« geführt, die von allen Wohnungen bzw.

Etagen im monatlichen Wechsel gebildet wird. Zur Vorbereitung der monatlichen Hausversammlung tagt jeweils die »Konzeptgruppe«, die aus der jeweiligen »Zentrale« und einigen festen Mitgliedern besteht, aber für jedes Mitglied der Mietergruppe offen ist. Dort werden auch konzeptionelle Debatten geführt. Weiter gibt es nach Bedarf tagende Arbeitsgruppen wie etwa die »Geogruppe«, die »Handwerkergruppe«, die »Schaukastengruppe«.

Unsere Wertvorstellungen sind teilweise auch verbindlich in der Politischen Präambel unserer Satzung niedergelegt: »In der Mietergruppe verbindet sich gemeinsames Wohnen (bei Entwicklung neuer Wohnformen und unter Rücksichtnahme auf die Schwierigkeiten der Gruppe und des Einzelnen) mit politischem Handeln trotz unterschiedlicher politischer Auffassung zu einem gemeinsamen Leben, das durch Solidarität, gegenseitige Achtung und soziales Verhalten gekennzeichnet ist.«

Wir haben auch für unsere Nachfolge gesorgt. Ende 2011 bildete sich als neuer Teil der Mietergruppe die »Kinder des Hauses«, die vorrangig in leerwerdende Wohnungen einziehen und unser Projekt fortführen sollen. Dabei handelt es sich um im Haus aufgewachsene Kinder und Jugendliche, die dann nach der Schule ausgezogen sind, aber sich jetzt wieder zusammengeschlossen haben, um – geprägt auch von unseren Wertvorstellungen – wieder ins Haus einzuziehen und den Staffelstab zu übernehmen.

Wir haben aber nicht nur verbissen gekämpft, sondern auch immer gern gefeiert – und das auf einem möglichst hohen Niveau: Straßenfeste (wir sind, glaube ich, die Erfinder der nicht kommerziellen Straßenfeste, zuerst 1975), Ausstellungen, Kunstinstallationen, öffentliche Festessen auf der Straßekreuzung, Theater- und Musikoperaufführungen, Filme wurden von und über uns gedreht. Das Leben in der Haynstraße war und ist immer noch anders als in anderen Häusern.

Für viele ist unser Haus das besetzte Haus in Eppendorf. Und in gewisser Weise haben wir das Haus besetzt, weil die Eigentümer nicht tun können, was sie gern wollen: Uns rauswerfen und Profit machen. Dabei ist das Haus ein Beispiel für den Irrwitz der Spekulation auf dem Wohnungsmarkt. 1969



Das Haus 2023

hat die IHA Hausbau es für 1,5 Mio. DM gekauft. Nachdem wir losgelegt hatten, musste sie Haus und Grundstück für 625.000 DM verkaufen. Heute dürfte der Marktwert – wenn wir nicht mit unserem besonderen Mietvertrag darin wohnen würden – bei über 30 Mio. Euro für die ca. 3.500 Quadratmeter Wohnfläche liegen.

Seit über 50 Jahren leben wir, 50 Erwachsene und Kinder, hier selbstbestimmt, leisten Widerstand und entziehen das Haus der Spekulation und den ansonsten unerbittlichen Gesetzen des Marktes.

Wohnen im Alter in Hamburg

Von Gerald Kemski*

Ältere Menschen in Hamburg haben zunächst einmal die gleichen Probleme wie andere Altersgruppen auch. Es gibt für sie zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Reden wir über die Menschen über 65 Jahre, so handelt es sich um eine Gruppe in Hamburg, die Ende 2022 knapp unter 350.000 Menschen zählte.

Eine Besonderheit in dieser Altersgruppe ist, dass viele der älteren Menschen bereit wären – auch um mehr Wohnraum zu schaffen –, ihre gegenwärtige, meist größere, in eine kleinere Wohnung zu tauschen. Die Kinder sind aus dem Haus

und so weiter ... Die durchgängige Realität ist aber, dass viele ältere Menschen diesen Tausch nicht vornehmen, weil die neue kleinere Wohnung teurer ist als die gegenwärtige größere. Um diesen unsinnigen Zustand zu beenden, wäre aktives Handeln des Senats und der Wohnungsbaugesellschaften notwendig.

Doch der Senat nimmt dieses Thema leider nicht auf. Und gerade die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA, auf die der Senat großen Einfluss hat, reagiert nicht. Als einziges positives Beispiel ist mir eine Wohnungsbaugenossenschaft

im Eimsbüttler Kerngebiet bekannt, die beispielhaft handelt. Dort bekommen die älteren Mieter:innen, die in eine kleinere Wohnung umziehen, nicht nur ihre bisherige Miete garantiert, die Genossenschaft bezahlt sogar noch den Umzug und die Renovierung der alten wie der neuen Wohnung. Es geht also. Warum nicht bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA? Offenbar, weil dadurch die Gewinne, die sie teilweise an den Senat abführt, geschmälert werden könnten.

Altersgerechte Wohnungen?

Kommen wir zu den altersgerechten Wohnungen, von denen es in der Stadt viel zu wenige gibt. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA hat die Aufgabe, das Bauen von altersgerechten Wohnungen zu fördern, dazu einen Plan zu entwickeln und Rechenschaft abzulegen. Überall Fehlanzeige. Wie der Hamburger Senat auf eine Anfrage der CDU !! (Drs. 22/11905 vom 16.5.2023, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83825/wie_wohnen_senioren_in_hamburg.pdf) zugeben musste, hat er keinen Überblick darüber, wie viele altersgerechte (und auch behindertengerechte) Wohnungen

in Hamburg vorhanden sind und ob ausreichend neue gebaut werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.

Teilweise treibt gerade die Politik der SAGA seltsame Blüten. Als vor wenigen Jahren in deren Siedlung Spengelweg in Eimsbüttel der Bau neuer Wohnungen geplant wurde, ergriff man dort nicht die Möglichkeit, wie von der sachkundigen Anwohner:inneninitiative gefordert, die zwei- bis dreigeschossigen Häuser mit Flachdach aufzustocken, was günstiger und sinnvoll gewesen wäre, sondern die SAGA entschied sich für Neubauten in den Grünanlagen. Die Begründung der SAGA lautet u. a., wenn höher gebaut würde, müssten ja ggfs. Fahrstühle eingebaut werden, denn es könnten ja ältere und behinderte Menschen versuchen, dort zu wohnen. Menschenverachtender kann eine Wohnungsbaugesellschaft wohl kaum vorgehen.

Der Senat und die SAGA müssen unter Druck gesetzt werden, mehr Sozialwohnungen zu bauen (mindestens 50%) und natürlich ausreichend altersgerechte und auch behindertengerechte Wohnungen. Auch darüber sollte der Senat in der Bürgerschaft Rechenschaft ablegen.



Auf der DGB-Demo am 1. Mai 2023 (Foto: Reinhard Schwandt)

Als zu verallgemeinernde Forderungen könnten formuliert werden:

- Die SAGA und die anderen Wohnungsbaugesellschaften müssen sich selbst verpflichten, die Kosten der Modernisierung von Wohnungen im Sinne des altersgerechten Wohnens nicht im gesetzlich möglichen Rahmen des § 559 Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen auf die Mieter:innen umzulegen.
- Sogenannte Fehlbelegungen (beispielsweise Ein-Perso-

nenhaushalte in Wohnungen mit mehr als 65 Quadratmetern) aufzeigen und Wohnungstauschprogramme durch die Wohnungsbaugesellschaften auflagen, die den umzugsbereiten Mieter:innen keine höheren Wohnkosten garantieren und die Kosten des Umzugs und der Renovierung auf Vermieter:innenseite umlegen.

- Begrenzung der Wohnkosten für Rentner:innen auf maximal 30% des (wohngeldrechtlichen) Einkommens bei Wohnungen der SAGA.

Zurück zum altersgerechten Wohnen. Dies muss u. a. folgende Fragen beantworten:

- Gibt es Stufen oder Schwellen, die den Zugang erschweren?
- Gibt es einen Aufzug, wenn der Zugang nicht ebenerdig ist? Und wenn ja, ist dieser für Rollstühle und Gehwagen geeignet?
- Verfügt das Treppenhaus über einen zweiten Handlauf?
- Gibt es eine Sitzmöglichkeit bzw. eine Ablagemöglichkeit im Hausflur?
- Sind die Türen breit genug, um diese mit Rollstuhl oder Gehwagen diese passieren zu können (mindestens 80 cm)?
- Wurden Teppiche und Fußmatten rutschfest verlegt?
- Lassen sich Fenster leicht öffnen und sind sie frei zugänglich?
- Ist der Fußboden in Küche und Badezimmer rutschfest?
- Gibt es eine bodengleiche Dusche oder könnte diese entsprechend nachgerüstet werden?
- Sind im Bad Haltegriffe vorhanden?

Alles dies mag manchem wie eine Lappalie vorkommen, ist für ältere Menschen, aber auch für jüngere Menschen mit Behinderungen oftmals von großer Bedeutung. Der Mangel an behindertengerechten Wohnungen führt dazu, dass jüngere Menschen mit Behinderungen in Altenwohnanlagen aufgenommen werden, weil sie sonst keine entsprechende Unterkunft finden. So zum Beispiel in der DRK-Altenwohnanlage in der Monetastraße.

Wohnen im Pflegeheim

Zu wenig wird das Wohnen im Pflegeheim beachtet. Das ist aber besonders wichtig, weil die Betroffenen sich mehrheitlich nicht mehr selbst für ihre Interessen einsetzen können. Hier klingt es beinahe zynisch von »bezahlbarem Wohnraum« zu sprechen, steigt doch der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz auf nunmehr 2.400 Euro. Welche/r Rentner/in hat eine Rente in dieser Höhe? Die Allerwenigsten. Die anderen werden über diesen Weg zu Sozialhilfeempfänger:innen. Aber auch wenn diese Frage geregelt ist, hören die Probleme nicht auf. Der Pflegenotstand ist auch in der Altenpflege vorhanden. Die Folgen für die Betroffenen sind manchmal schlimm.

Abhilfe sollte in Hamburg das »Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz« schaffen, das eine jährliche unangemeldete Kontrolle aller Altenpflegeeinrichtungen vorsieht. Es kann seine Wirkung aber nur sehr beschränkt entfalten, denn

- durch die Hamburgische Bürgerschaft wurde diese Kontrolle von den Bezirksämtern überwiegend auf den medizinischen Dienst der Krankenkassen verlagert.
- Dieser medizinische Dienst der Krankenkassen hat in Verbindung mit den Coronaregelungen in den letzten Jahren keine Kontrollen mehr durchgeführt.

Es wäre eine sinnvolle Aufgabe unserer Bezirkspolitik, diese Kontrollen wieder einzufordern.

** Sprecher der AG Senior*innenpolitik der Hamburger LINKEN*

Im Zusammenhang mit dem Thema Alter und Älterwerden sei beispielhaft auf eine jüngst erschienene **Broschüre des Bezirksamtes Hamburg-Mitte** verwiesen. Sie trägt den Titel »Älterwerden in Hamburg-Mitte« und vermittelt auf 54 Seiten eine große Menge an Adressen, Angeboten und Empfehlungen. Das kostenfreie Material kann in den einschlägigen Zentren des Bezirks bezogen oder im Netz heruntergeladen werden: https://flipbook.inixmedia.de/bezirk_mitte_senioren_2653/. Schön, dass einem aus dieser Broschüre auch ein paar bekannte Gesichter entgegenlachen, wie z.B. der ehemalige Bezirksabgeordnete Wolfgang Strauß und der mehrjährige Bezirksfraktionsvorsitzende Bernhard Stietz-Leipnitz in seiner Funktion als Vorsitzender der Seniorendelegiertenversammlung Hamburg-Mitte.



Kulturipp

1923 – ein Aufstand vor 100 Jahren

Fast ein bisschen untergegangen ist bisher die Erinnerung an die Hyperinflation 1923, die mit schwersten sozialen und politischen Verwerfungen einherging. Die Entwicklungen vor 100 Jahren werfen ein Schlaglicht auf die Umbrüche zwischen der Novemberrevolution 1918 und der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten 1933. Es ist der Hamburger Kunsthalle (Glockengießerwall 5) zu verdanken, dass sie eine **Ausstellung** unter dem Titel »1923: Gesichter einer Zeit« zusammengestellt hat. Noch bis zum 24. September werden rund 60 Werke u. a. von Alma del Banco, Otto Dix, George Grosz, Wassily Kandinsky, Ernst Ludwig Kirchner, Käthe Kollwitz, Dorothea Maetzel-Johannsen und Anita Rée gezeigt, die allesamt um 1923 entstanden sind und vielfältige künstlerische Blicke auf das »Krisenjahr« ermöglichen (www.hamburger-kunsthalle.de/presse/ausstellungen/1923).



Käthe Kollwitz (1867–1945): Deutschlands Kinder hungern, 1923
(Kohlezeichnung: Hamburger Kunsthalle)



Bestellbarer Postkartenkalender der Gruppe Olmo

Eine besondere, in dieser Form lokale Facette ist der sogenannte »Hamburger Aufstand«, der die Stadt vom 23. bis 25. Oktober 1923 in Atem hielt. Es waren zuvorderst rund 300 Kommunist:innen, die in einer nächtlichen Aktion etliche Polizeistationen überfielen, um Waffen zu erobern und damit ein Fanal für die Revolution in Deutschland zu setzen. Um diese Ereignisse ranken sich manche Legenden: Für die einen war der »Hamburger Aufstand« ein demokratiefeindlicher Akt mit Dutzenden Toten und Verletzten, für andere eine sektiererische Aktion zur Durchsetzung eines »bolschewistischen« Kurses in der KPD und für wieder andere der Höhepunkt revolutionären Engagements in einer Zeit des absoluten Elends und der Not. Es ist zu erahnen, wer welche Position bezog bzw. bezieht, damals wie heute. Einen Überblick über die doch recht zahlreichen Veranstaltungen zu diesem Ereignis gibt es unter <https://100-jahre-hamburger-aufstand.de/cat/ausstellung/>. Einige sind bereits gelaufen, weitere finden in den kommenden Wochen statt. Hervorgehoben sei hier nur ein **Kalender der Gruppe Olmo** mit 14 Wiedergaben zeitgenössischer Postkarten (<http://niqolas.de/olmoo.de/>) und eine Ausstellung, die das Museum für Hamburgische Geschichte (Holstenwall) vom 20. September 2023 bis zum 7. Januar präsentiert (www.shmh.de/ausstellungen/hamburg-1923/).

Im August erscheint eine umfangreiche Publikation mit dem Titel »Die bedrohte Stadtrepublik. Hamburg 1923«, herausgegeben von Olaf Matthes und Ortwin Pelc. Die **Buchvorstellung** ist für den 28. August um 11.00 Uhr im Museum für Hamburgische Geschichte angekündigt. ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg